



Protokoll

der 33. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Lukas Faesch (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

| | | |
|-------|---|----|
| 30. | Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR" | 3 |
| 31. | Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR | 5 |
| 32. | Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR .. | 10 |
| 33. | Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR | 11 |
| 34. | Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt Erarbeitung und Umsetzung, Bericht des RR | 14 |
| 34.1. | Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR..... | 18 |
| 35. | Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen, Stellungnahme des RR..... | 19 |
| 36. | Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der «KulturLegi», Schreiben des RR | 19 |
| 37. | Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR | 20 |
| 38. | Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR | 21 |
| 39. | Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR | 22 |
| 40. | Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern, Schreiben des RR..... | 22 |
| 41. | Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR..... | 23 |
| 42. | Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR..... | 23 |
| 43. | Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR | 25 |
| 44. | Anzug Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR..... | 28 |
| 45. | Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend 'Trees in Cities Challenge' – Noch mehr Bäume für Basel, Schreiben des RR..... | 28 |
| 46. | Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR | 28 |
| 47. | Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR | 30 |



| | | |
|-----|---|----|
| 48. | Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Stellungnahme des RR..... | 32 |
| 49. | Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmassnahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR..... | 33 |
| 50. | Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR" | 33 |
| 51. | Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR | 36 |
| 52. | Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Anwohnerparkkartengebühren nach beanspruchter Parkfläche, Schreiben des RR | 37 |
| 53. | Motion Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR | 38 |
| 54. | Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR | 40 |



Beginn der 33. Sitzung

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 15:00 Uhr

30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

[23.10.24 15:00:40, 24.5177.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer Nachmittagssitzung und bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Diese Woche besuchen uns acht Klassen der bikantonalen Berufsfachschule Gesundheit in Münchenstein und drei der Klassen darf ich heute Nachmittag auf der Tribüne begrüssen, zwei davon habe ich auch schon gesprochen bei uns im Rathauskeller. Das war sehr interessant. Ich danke für die spannenden Fragen. Lehrperson ins Benjamin Walter. Schön, machen Sie eine Ausbildung im Gesundheitsbereich und schön, dass Sie sich für die Basler Politik interessieren. Herzlich willkommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind stehengeblieben bei der Beratung von Traktandum 30, Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds New Green Deal für Basel.

Die Anträge auf Nichtüberweisen Anzug und Motion wurden bereits gestellt und wir fahren fort mit den Fraktionssprechenden, und da ist Tobias Christ für die GLP an der Reihe. Er hat das Wort.

Tobias Christ (GLP): Bei der ersten Überweisung waren wir uns in der GLP nicht ganz einig, inwiefern das sinnvoll sein könnte. Wir waren uns aber einig, dass es Sinn macht, dass der Regierungsrat dazu berichtet. Wir danken der Regierung, dass sie das gemacht hat und haben uns auch überzeugen lassen, dass die Motion in dieser Form nicht sinnvoll weiterzuverfolgen ist. Insofern folgen wie hier der Regierung und werden die Motion nicht mehr überweisen.

Einige von uns, namentlich ich, die dieser Idee grundsätzlich positiv gegenübergestanden sind, hätten sich gewünscht, dass in der Beantwortung noch ein bisschen stärker der Blick aufgemacht wird, nicht nur kritisiert wird, warum diese Motion hier nicht sinnvoll ist. Wie gesagt, davon sind wir jetzt überzeugt, namentlich auch, weil mit dem mit dem Paket zur Standortförderung schon etwas auf dem Tisch liegt, das wir bald behandelt werden im Rat. Aber darüber hinaus denken wir, wird es doch noch Sachen brauchen. Ich spreche jetzt nicht mehr für die Fraktion, sondern nur noch in meinem Namen. Ich bin offen dafür, neue Ideen weiterzudenken, neue Ideen zu skizzieren und allenfalls eine Neuauflage zu machen, die vielleicht weniger auf die Bereitstellung von finanziellen Mitteln setzt, sondern eher in Richtung einer Lenkungsabgabe geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP spricht Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Fast jeder Vorschlag, wie die Dekarbonisierung im Hinblick auf das Ziel Netto Null 2037 umgesetzt werden könnte, findet hier drin eine Mehrheit. Vorschläge aus der Verwaltung, von Experten, Vorschläge aus unserer Mitte, politische Vorschläge, technokratische Vorschläge, es spielt keine Rolle. Es spielt auch keine Rolle, ob ich diese Vorschläge immer gut oder schlecht finde. Wenn sie eine Mehrheit finden, sind sie demokratisch legitimiert.

Es findet hier drin ein öffentlicher Diskurs statt vor den Medien, die Öffentlichkeit sieht, was beraten wird, sieht, wer was denkt. Nun, mit dieser Idee, wenn wir diese als Motion überweisen, wird all das abgeschafft. Es ist eine Selbstkasteiung, und wir werfen unsere Kompetenzen als Parlament zum Fenster hinaus. Ich bin froh, dass auch die SP das so sieht und damit die Motion voraussichtlich vom Tisch sein dürfte.

Warum wollen wir von der SVP das auch nicht als Anzug überweisen? Wir sehen schlicht den Mehrwert gegenüber den bestehenden Prozessen nicht, denn die gleiche Regierung, welche uns das Budget vorlegt, würde auch ihre Ideen zu diesem Anzug vorlegen, vermutlich mit den gleichen Antworten auf die gleichen Fragen. Das gleiche Parlament, welches das Budget berät und am Schluss bewilligt, könnte dann auch über den Anzug oder die Anzugsbeantwortungen befinden. Also spricht, es



gibt Doppelspurigkeiten ohne Mehrwert. Aus diesem Grund bitte ich Sie, auch den Anzug nicht zu überweisen, sondern das Ganze abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Anina Ineichen gemeldet.

Anina Ineichen (GAB): Ich habe Ihnen zugehört, so gut es möglich war, aber ich weiss auch, Fonds sind nicht unbeliebt im Kanton. Wir haben im Moment bei der WAK eine OECD-Vorlage, welche vorsieht, dass das Geld in einen Fonds fliesst. Wir haben bereits diverse Fonds, welche wir gerne bedienen und aus welchen wir uns gern bedienen. Wir planen in der Klimastrategie offenbar neue Fonds, oder es werden zumindest solche vorgeschlagen. Daraus entnehme ich, Fonds müssen auch etwas Positives haben.

Ich selber sehe viel Positives in Fonds. Fonds garantieren, dass das Geld, das dort drin ist, auch verwendet wird für die Zwecke, die vorgesehen sind, und es garantiert, dass auch bei mal nicht so guten Kantonsfinanzen das Geld vorhanden ist für wichtige Sachen wie beispielsweise die Klimakrise. Ein Fonds würde auch Transparenz schaffen und den Überblick erleichtern. Das ist demokratiepolitisch wichtig, weil man dann aus einer Hand sieht, wie viel Geld für was eingesetzt wird.

Zum Schluss noch etwas: Eine Motion hat einen Text und eine Motion hat eine Forderung. Was umgesetzt werden muss, ist die Forderung. Vorliegend geht es um die Einrichtung eines Klimafonds. Alles andere sind Vorschläge. Ich habe entnommen, der Grosse Rat und die Regierung sind nicht begeistert von diesem Vorschlag. Es würde der Regierung selbstverständlich frei stehen, diese nicht so umzusetzen. Umgesetzt werden müsste einfach dieser Klimafonds. Das ist die Forderung, mehr ist das nicht.

Ich würde es immer noch begrüssen, wenn Sie es als Motion oder zumindest als Anzug überweisen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Vertreterin des Regierungsrats Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie haben die Argumente jetzt noch einmal dargelegt, wir haben sie Ihnen auch schriftlich gegeben. Ich möchte hier einfach noch einmal diese Diskussion um den Fonds aufnehmen. Ein Fonds kann Sinn machen, aber nicht immer. Und ich bin der Meinung, beim Standortpaket ist das sehr sinnvoll, weil wir dort ja unsere Erfolgsrechnung nicht ganz durcheinander bringen möchten. Mit jedem Mal 100 oder 200 Millionen Mehreinnahmen und wieder Ausgaben wäre das sehr schwierig für unsere Budgetierung und für die Rechnung. Das ist vor allem ein finanzrechtlicher Grund. Ein anderer Grund ist, dass die Mittel dort begrenzt sein müssen, denn sonst ist es uferlos und der Fonds hilft das auch zu begrenzen.

Sie sagen, die Gelder werden nur für das ausgegeben. Ja, die Gefahr besteht – das sehen wir auch bei anderen Fonds –, dass man, wenn man das Geld nicht gerade ausgeben kann, irgend etwas sucht, und das macht doch keinen Sinn. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir bei diesem Thema je etwas blockiert haben. Es scheint mir eher alles, was von der Regierung kommt, wird auch gutgeheissen oder sogar noch mehr. Das scheint mir kein Problem zu sein, die Vorlagen, die Sinn machen, dann auch zu finanzieren. Aber man soll sich überlegen, wie viel Geld braucht es, und nicht einfach das Geld werfen. Da habe ich als Finanzdirektorin immer Angst, Fonds sind immer etwas heikel. Wenn das Geld einfach parkiert wird, ist das eine grosse Belastung für das Budget, und das wollen wir auch nicht.

Wir haben die Gelder immer bereitgestellt. Ich sehe also das Problem nicht und bitte Sie deshalb, den Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Jessica Brandenburger beantragt Überweisung als Anzug, Harald Friedl beantragt Überweisung als Motion.

Es findet nun zuerst eine Eventualabstimmung statt, ob wir das Geschäft als Anzug oder als Motion weiterverfolgen.

Eventualabstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion



Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004621, 23.10.24 15:11:07]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Anzug weiterbehandelt, es liegen 75 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung vor.

Der Regierungsrat beantragt, wie erläutert, Nichtüberweisung. Wir kommen zur Schlussabstimmung zu diesem Geschäft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wurde nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004623,]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

31. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR

[23.10.24 15:12:02, 23.5642.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen.

Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionen und da hat sich David Jenny gemeldet.

David Jenny (FDP): Wir beantragen Ihnen Nichtüberweisung. Der letzte Nationalratswahlkampf ist schon lange abgeschossen und das war wirklich ein GLP-Wahlkampf. Katja Christ hat ein entsprechendes Postulat eingereicht. Das wurde beerdigt im Nationalrat. Die Haltung des Bundesrates musste unser Bundesrat Beat Jans vertreten, und er ist also nicht in Ausstand getreten und gesagt, er mache Gewissensgründe geltend und könne hier dem Bundesrat nicht vertreten. Er hat Folgendes gesagt: Der Bundesrat hat stets eine konstante Haltung zur Frage der ehemaligen Halbkantone gezeigt. Nach wie vor ist der Bundesrat der Ansicht, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die das bestehende Gleichgewicht zwischen den Kantonen ändern könnten. Eine Änderung des Status nur vom Basel-Stadt und Basel-Landschaft würden zudem das Feld für viele weitere Fragen öffnen und von den anderen Kantonen wahrscheinlich nicht akzeptiert werden.



Die Autorin des Postulates hat es erwähnt, die Schaffung des Kantons Jura in den Siebzigerjahren hätte zu einer neuen Ordnung des Föderalismus führen können. Sie tat es aber nicht. Der Nationalrat hat mit 118 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Ich glaube, das würde sich auch nicht ändern, wenn man jetzt alle früheren Halbkantone einbeziehen würde. Die Meinungen in Bern sind gemacht, das kann man bedauern oder das kann man nicht bedauern, ausserhalb einer grundsätzlichen Neuordnung der Verhältnissen in unserem Bundesstaat, etwa ein Modell, wie es in Deutschland gilt im Bundesrat, ist wirklich illusorisch. Und eine solche Änderung ist nicht auf der Tagesordnung. Wir machen uns wirklich nur lächerlich. Wir sind ein trotzendes Kind, wenn wir diese Standesinitiative jetzt überweisen. Und warum die Regierung meint, Sie wolle da populistisch mitmachen, ist es mir auch unerfindlich.

Ich will jetzt nicht gross inhaltlich argumentieren, aber ich meine der verstorbene Hans-Ruedi Gysin jubelt im Himmel, wenn wir das überweisen. Das einzige Ziel, das damit verfolgt wird, ist, dass wir alle Hoffnung auf eine Fusion oder so aufgeben und ich meine immer noch, eine Fusion unserer beiden Kantone ist wahrscheinlicher in den nächsten 30 Jahren als eine Neuordnung unseres ganzen föderalistischen Systems. Und ich bitte Sie wirklich, das zu bedenken und diesen GLP-Wahlkampf endgültig zu versenken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann nahtlos weitermachen, wo David Jenny aufgehört hat. Wir haben es schon damals einen unsinnigen Wahlkampf gefunden. Daran hat sich nichts geändert. Es ist ein Vorstoss für die Galerie. Es gibt im Bundeshaus eine Galerie des Alpes. Vielleicht gehört dieser Vorstoss dorthin bei einem Glas Weisswein, aber er gehört sicherlich nicht als Standesinitiative an die eidgenössischen Räte übermittelt. Und ich muss David Jenny schon sehr unterstützen, ich bin auch ein wenig irritiert über die Ausführungen des Regierungsrates, der sich nun hier für diese Standesinitiative ausspricht. Ich muss den Regierungsrat, er ist ja in Form des Regierungspräsidenten hier anwesend, schon auch fragen: Was erhoffen Sie sich davon, wenn Sie dafür nach Bern in eine vorberatende Kommission eingeladen werden? Da machen Sie sich entweder lächerlich oder aber Sie haben einfach Ihre Zeit verschwendet, weil die Ausgangslage ist ja aufgrund dieses klaren Entscheides des Nationalrates mit 118 zu 66 bei 10 Enthaltungen nicht veränderbar. Wenn Regierungspräsident Conradin Cramer mit seinem zweifelsohne grossen rhetorischen Talent in einer Ständerats- oder Nationalratskommission zu dieser Standesinitiative vorsprechen würde. Das ist nun wirklich ein Trotzen, wenn wir das nun auch aufgrund dieses erst sehr kurzfristigen oder noch nicht sehr alten Beschlusses des Nationalrates auf einen Vorstoss Ihrer Kollegin, von Frau Nationalrätin Katja Christ, nun auf diesem Wege noch einmal probieren.

Und die Regierung geht ja in ihrer Stellungnahme sogar noch einen Schritt weiter. Das irritiert mich dann ganz besonders. Sie sagt, eigentlich müsste jeder Kanton, weil es ja die Halbkantone nicht mehr gibt, ein volles Standesrecht bekommen. Ja aber sind Sie sich bewusst, was Sie damit eigentlich anstellen würden? Mir wäre das vielleicht sogar noch recht, wenn die Kantone Appenzell Inner- Ausserrhoden, Nidwalden und Obwalden ein volles Standesrecht bekommen würden, dann wären die Vertretungen im Ständerat noch deutlich bürgerlicher, weil die Mehrheit dieser Sitze dann wahrscheinlich nicht den Linken, sondern in bürgerlichen Händen wären. Aber das ist ja dann nicht das Ziel, das sie eigentlich wollten, nicht wegen der parteipolitischen Zusammensetzung, sondern mehr auch wegen der Zusammensetzung des Ständerates, was das Gewicht der Städte anbelangt. Dieses Gewicht würde ja mit der Überlegung des Regierungsrates in seiner Antwort auf den Antrag der Standinitiative von Claudia Baumgartner sogar noch geschwächt werden, wenn wir von sechs ehemaligen Halbkantonen nun dann zumindest vier klare hätten, die sicherlich nicht städteorientiert sind und mit dem Kanton Basel-Landschaft ein Kanton, der auch nicht in seiner Gesamtheit besonders städteorientiert ist, zumindest dann nicht, wenn es um Zahlungen an diese Stadt geht.

Also Sie erreichen damit nichts im Sinne der Standesinitiative, weil der Nationalrat diese Standesinitiative erst vor kurzem in anderer Form in Form eines Vorstosses von Frau Nationalrätin Katja Christ abgelehnt hat, und wenn Sie ihn aber trotzdem überweisen möchten mit der Argumentation des Regierungsrates in seiner Antwort auf diesen Antrag, erreichen Sie fast langfristig eben genau das, was Sie wahrscheinlich eben nicht wollten. Die Stärkung des Kantons Basel-Stadt wird damit nicht erreicht werden, sondern Sie erreichen eine Stärkung der ländlichen Schweiz im Ständerat. Und ich glaube nicht, dass Ihnen dieses Ansinnen besonders wichtig erscheint.

Die Diskussion über das volle Ständerecht für diese sechs Kantone kann auch nicht über eine Standesinitiative eines betroffenen Kantons in erster Linie in einem Kantonsparlament geführt werden. Das muss mittel- und langfristig, wenn man das möchte, an anderer Stelle in den eidgenössischen Räten erfolgen. Hier wissen wir aber auch, David Jenny würde das wahrscheinlich unterschreiben, dass auch hierzu die Erfolgsaussichten eher gering sind, weil die Mehrheit der Kantone, die das ja dann ablehnen würde, nicht eine andere Mehrheit wäre wie die heutige.

Deshalb bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, auf diesen Antrag zur Einreichung einer Staatsinitiative zu verzichten und ich möchte wirklich auch den Regierungsrat bitten, wenn er sich schon über die Last der Vorstösse, die wir hier einreichen oder behandeln, teilweise beklagt, es dann nicht noch selber zu verschlimmern, indem er Vorstösse weiterbehandeln möchte, von denen er schon weiss, dass sie ohne Chance an der nächsten Stelle beim Adressaten sind.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben Recht, wir sind wie Sisyphos am Berg und haben einen Stein heraufzuschieben, und er ist schon einige Male wieder heruntergefallen. Und vielleicht fällt er auch dieses Mal wieder herunter und wir müssen ihn wieder raufschieben, und er fällt vielleicht noch einmal herunter und wir müssen ihn wieder hinaufschreiben, und er fällt vielleicht wieder herunter. Denn es wird nicht rechtens, wenn es so bleibt wie es ist, nur weil es so ist wie es ist.

Darum nehmen wir diesen Stein, schieben ihn noch einmal hinauf und wer weiss, vielleicht entfaltet sich dieses Mal etwas in der Kultur auf der anderen Seite und wir müssen ihn nicht wieder hochschieben. Und wenn dann halt alle sechs Halbkantone ein vollständiges Recht haben, dann freue ich mich für Sie oder Ihre Partei, dann haben Sie vielleicht ein bisschen mehr Macht im Ständerat. Aber alle sind dann gleichgestellt und wir können vielleicht dann auch in eine neu organisierte Zukunft schauen, die gerecht ist für alle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich kann mich kurz halten. Natürlich müssen wir uns keine Illusionen machen. Diese Standesinitiative wird nicht dazu führen, dass der Kanton Basel-Stadt noch der Kanton Basel-Landschaft noch irgendein anderer Kanton, der es bis anhin nicht hat, das volle Standesrecht hat. Das Postulat von Katja Christ wurde mit aller Klarheit abgelehnt.

Vielleicht einfach kurz, wieso die SP diesen Antrag dennoch unterstützt: Weil das Anliegen im Kern richtig ist. Es ist für mich auch ein bisschen eine Eigenheit als ursprüngliche Bündnerin, dass sich Basel-Stadt immer darüber beklagt, dass man in den nationalen Parlamenten, dass man in Bundesbern zu wenig Gehör hat. Dann müssen wir doch jetzt Ja sagen, allein schon aus symbolischen Gründen. Ich fände es wirklich komisch, wenn man jetzt hier diesen Antrag ablehnt, auch wenn vielleicht David Jenny und seine Kollegen im Kern Recht hatten, dass sich an der Ausgangslage nichts ändern wird.

Genau daher bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen und vielleicht hat Oliver Thommen Recht, vielleicht kullert der Stein irgendwo anders herunter. Dann wäre es auch richtig und schön, und sonst: Steter Tropfen höhlt ein Stein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Einmal mehr danke ich für diese kurze, aber angeregte Debatte, und ich freue mich, dass auch der Regierungsrat in der zweiten Runde bereit ist, dieses Anliegen zu unterstützen.

Ich persönlich verstehe auch nicht, wieso man hier jetzt nicht aus Prinzip dafür sein kann, denn selbstverständlich ist das für mich ein politischer Kopfschuss, wenn ich sagen würde, ich gebe halt einfach auf, weil ich weiss, dass die Chancen gering sind. Wir wissen von vielen Geschichten, wie lange Jahrzehnte sie in der Schweiz brauchten, bis sie endlich zum Durchbruch kamen. Auch was betreffend Bundesrat Beat Jans gesagt wurde: Ja logisch, er musste das Dossier übernehmen von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, bemerkenswerterweise selber Vertreterin aus dem Kanton Jura im Bundesrat. Es ist logisch, dass Beat Jans gesagt hat, dass er da jetzt durch muss. Es ist schon klar, wie er selber sich persönlich dazu stellt. Man kann auch weiterhin hoffen, dass Basel-Landschaft und Basel-Stadt irgendwann mal zu einem Vollkanton zusammenkommen würden. Ich glaube nicht daran, und ich glaube, man müsste jetzt wirklich endlich mal dieses Ungleichgewicht, das in der Verfassung immer noch steht, aufheben. Denn seit bald 200 Jahren leben wir zwei ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit zwischenzeitlich keiner sachlich, geschweige den juristisch haltbaren Begründung weiterhin mit nur der hälftigen Ständevertretung auf Bundesebene beziehungsweise bei Volksabstimmungen mit obligatorischem Ständemehr.

Seit bald einem Vierteljahrhundert leben wir mit einer total revidierten Bundesverfassung, die hinsichtlich der Gleichbehandlung aller bundesstaatlichen Gliedstaaten bewusst nicht konsequent zu Ende formuliert wurde, sondern sich mit Kosmetik begnügen musste. Als fortschrittliche Demokratie rühmen wir uns, Gleichberechtigung und Partizipation auf allen Ebenen zu fördern, Minoritäten besser zu inkludieren, der individuellen Chancengleichheit mit auch staatlicher Unterstützung Vorschub zu leisten und Diskriminierung jeglicher Art zu bekämpfen. Überall schauen wir glücklicherweise heutzutage hin und gehen Missstände aktiv an. Wir sind angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sogar bereit, unsere heiligste Kuh, die schweizerische Neutralität, im Interesse einer Einbindung in die internationale Staatengemeinschaft neu zu denken und vielleicht sogar alte Zöpfe abzuschneiden.



Überall also machen wir uns als Gesellschaft gleichstellungspolitisch fit für die Zukunft, nur wenn es um die gleiche Thematik innerhalb unseres eigenen Staatswesens geht, schauen wir seit ewigen Zeiten gerne weg und nehmen diese bundesverfassungsmässig postulierte Diskriminierung der sechs ehemaligen Halbkantone weiterhin in Kauf. Ja, ich habe es schon letztes Mal gesagt, natürlich bin ich aus Prinzip auch dafür, dass es um die anderen vier ehemaligen Halbkantone geht. Es geht mir nicht darum, dass wir jetzt auch Basel besser stellen wollen und deswegen ist es auch ganz klar kein Wahlkampfthema, das Katja Christ letztes Jahr betrieben hat und selbstverständlich werden wir deswegen auf kantonaler Ebene nachdoppeln.

Ich weiss nicht, ob die Haltung, die wir im Moment haben, von einer reifen, modernen Nation zeugt. Nur weil es allenfalls etwas schwierige Diskussionen gibt, scheuen wir seit ewigen Zeiten, dieses Thema jetzt anzufassen. Und wieso sollen Gliedstaaten nicht in allen Belangen gleichbehandelt werden, da wo Gleiches gleich zu behandeln ist? Ist dieses Beharren auf einem staatsrechtlich und politischen Defizit angesichts unserer gemeinsamen heutigen Herausforderungen klug? Dieses Hoffen, dass bitte alles beim Alten bleiben möge und man mit Wegschauen das Problem lösen könnte, kommt mir manchmal schon ein bisschen vor wie das Märchen des Kaisers neue Kleider.

Eine Klammerbemerkung nebenbei: Auch 2025 werden drei ehemalige Halbkantone Nidwalden, Obwalden und Basel-Stadt auch weiterhin voll in den nationalen Finanzausgleich einzahlen, und ich denke nicht, dass wir hier von Zwängerei oder unterwürfigem Betteln sprechen müssen, wenn wir dieses Geschäft - und dabei geht es mir wirklich um das Prinzip – nun ein weiteres Mal aufbringen. Ja natürlich, seit der letzten Anfrage aus dem Appenzell gibt es logischerweise keine neuen Erkenntnisse. Die neue Faktenlage müsste eben endlich auf Bundesebene geschaffen werden, und ich wünschte mir nun, dass auf Bundesebene mehr Bewusstsein für dieses Ungleichgewicht und zumindest eine Dialogbereitschaft gegenüber dieser Thematik besteht. Ich möchte, dass wir irgendwie auch mit unserem Bundesstaat hier ins 21. Jahrhundert kommen.

Deshalb ist es wirklich ein staatspolitisches und juristisches Unding auf höchster demokratischer Ebene, und das würden wir gerne abschaffen. Wir Grünliberalen danken weiterhin für Ihren Mut zu mehr Demokratie auch bei dieser Zweitüberweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von David Jenny und Joël Thüring. Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn geschichtliche Argumente für Sie demokratiepolitisch ein Unding sind, halten Sie es immer noch vertretbar, dass der Kanton Zürich im Vergleich zum Kanton Uri (Bevölkerung Faktor 40 zu 1) das gleiche Gewicht im Ständerat hat und bezüglich Ständemehr Uri wie Zürich?

Claudia Baumgartner (GLP): Ja finde ich schon, denn wir rechnen ja im Nationalrat genau nach diesen demografischen Verhältnissen, wer wie viele Stimmen zugute hat. Im Ständerat sind wir alle gleich gross.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt ganz viel von Gerechtigkeit und Diskriminierung gesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass, wenn sämtliche Halbkantone zu einem Vollkanton werden, die lateinische Schweiz noch mehr in der Minderheit wäre, als jetzt?

Claudia Baumgartner (GLP): Auch da kann ich wieder gleich antworten, es gibt verschiedene Kriterien, aber die sind alle nicht messbar. Messbar wäre, wenn im Ständerat einfach gelten würde 2, 2, 2 für alle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring ist an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Ich möchte Sie trotzdem noch einmal fragen: Was wollen Sie denn einem Nationalrat oder Ständerat sagen, weshalb er jetzt für diesen Vorschlag sein soll, nachdem er ihn erst vor gut einem Jahr abgelehnt hat? Wie wollen Sie ihn denn überzeugen?

Claudia Baumgartner (GLP): Ich bin überzeugt, dass unsere Regierung in Bern die richtigen Argumente finden wird.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann geben wir doch dem Regierungsrat das Wort. Es spricht Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für das Vertrauen, dass wir es dann schon richten werden. Wir hatten ja diese kontroverse Diskussion schon in der Februarsitzung geführt, und die Meinungen sind teilweise auch durch die Parteien geteilt. Am Schluss war es dann aber doch eine sehr komfortable Mehrheit von Ihnen, welche die Standesinitiative überwiesen hat, und der Regierungsrat hat von Anfang an signalisiert, dass er bereit ist, diese Standesinitiative auch mitzutragen, entgegenzunehmen und dies aus inhaltlichen Gründen. Wir sind im Regierungsrat schon überzeugt, dass alle Kantone nicht nur die gleichen Pflichten, sondern auch die gleichen Rechte haben sollten und empfinden es als eine Benachteiligung, eine seit 200 Jahren andauernde Benachteiligung, dass Basel-Stadt als Kanton nur eine halbe Standesstimme in Bern und auch sonst bei Standesstimmenfragen hat. Die Situation ist ja umso mehr unverständlich, als der Kanton Jura als neu gebildeter Kanton auch das volle Ständerecht erhalten hat.

Inwiefern das alles ja auch für die anderen ehemaligen Halbkantone gilt, das kann hier offen bleiben. Wir reden jetzt hier über die Standesinitiative, die Basel-Stadt und Basel-Landschaft betrifft. Ich glaube nicht, dass eine mögliche Wiedervereinigung in wohl eher fernerer Zukunft gehindert wird, wenn beide Kantone ein volles Ständerecht haben. Wenn die Bevölkerung in Basel-Stadt und in Basel-Landschaft eine Wiedervereinigung mehrheitlich möchte, dann wird sie sich nicht daran hindern lassen, dass sie dann zusammen nur noch zwei statt dann wie bisher vier Ständeräte hätte. Ich glaube, da sind dann stärkere Kräfte im Spiel. Jedenfalls ist für den Regierungsrat klarerweise die Wiedervereinigung weiterhin eine historische Perspektive, die es weiter zu verfolgen gibt.

Joël Thüning hat gesagt, dass wir uns da quasi lächerlich in Bern machen, wenn wir da hinfahren. Das ist, meine ich, mehr eine polittaktische Frage, wie oft man in gewissen Themen auch mit dem Kopf gegen die Wand rennen muss, bis sich die Wand dann doch irgendwie verschiebt. Es gibt viele historische Beispiele in wichtigen Fragen, die auch hier oft angerufen werden, wo es so war, dass viele verschiedene Versuche über Jahrzehnte unternommen werden mussten, bis man dann zum politischen Erfolg kam. Vielleicht ist das hier auch so ein Beispiel. Mir wäre es jedenfalls nicht peinlich und auch keine Pein, nach Bern zu fahren, zumal ich das ja treuhänderisch für Sie alle tun würde. Ich glaube auch, ich müsste da gar nicht so viele rhetorische Register ziehen, weil die Argumente, finde ich, inhaltlich schon sehr gut sind und eine Zeitverschwendung ist es auch nie, in Bern für Interessen von Basel zu lobbyieren. Also ich würde das gerne machen, und da müssen Sie sich keine Sorgen um meinen Terminkalender oder mein Peinlichkeitsempfinden machen, im Gegenteil.

Der Regierungsrat ist bereit, die Standesinitiative der vereinigten Bundesversammlung zu übermitteln und dann zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft auch in Bern zu vertreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es sind wieder Joël Thüning und David Jenny, die eine Zwischenfrage stellen möchten. Sie werden angenommen. Zuerst Joël Thüning.

Joël Thüning (SVP): Ich bin sicher, dass die Reisen nach Bern immer schön sind, aber ich möchte jetzt trotzdem noch einmal konkret Nachfrage stellen: Welches Argument können Sie jetzt vorbringen, das den Nationalrat und den Ständerat überzeugen wird, welches Katja Christ nicht vorbringen konnte. Können Sie mir bitte das schlagende Argument nennen, für welches es sich lohnt nach Bern zu reisen?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ein neues Argument gibt es nicht, aber die alten Argumente bleiben gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny hat das Wort.

David Jenny (FDP): Werden Sie zumindest einen Velohelm tragen, damit Ihr für unseren Kanton wertvoller Kopf nicht an den Berner Mauern allzu sehr beschädigt wird?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wenn ich nicht mit dem Velo nach Bern fahren muss, kann ich einen Velohelm tragen.



Johannes Sieber (GLP): Eigentlich wollte ich die Frage Joël Thüring die Frage stellen, aber Sie wissen es vielleicht auch. Mit wie vielen Vorstössen, die nicht mehrheitsfähig waren, ist denn die SVP in diesem Rat schon angerannt?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Das müssen Sie wirklich Joël Thüring fragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Frage kommt von André Auderset.

André Auderset (LDP): Sie haben erwähnt, dass man halt manchmal oft mit dem Kopf gegen die Mauer rennen muss, bis die Mauer etwas nachgibt. Rechnen Sie dabei aber nicht mit dem Sprichwort, der Klügere gibt nach?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Nein, ich glaube wirklich, die Argumente sind die richtigen und nach meiner politischen Erfahrung werden irgendwann gute Argumente auch gewinnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Einreichung der Standesinitiative gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst nicht Einreichung gemäss Antrag David Jenny

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 23 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004625, 23.10.24 15:37:06]

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Standesinitiative wird eingereicht, mit 64 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen haben Sie so entschieden.

32. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR

[23.10.24 15:37:18, 19.5427.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Er verzichtet auf ein Votum, das tun Sie ebenfalls.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.



33. Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR

[23.10.24 15:37:47, 22.5122.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Conradin Cramer wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Situation in Teilen des unteren Kleinbasels war in den Sommermonaten des letzten Jahres teilweise sehr angespannt. Aus diesem Grund hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe Massnahmen ausgearbeitet, um die Situation in der Sicherheit wie auch beim Handel und beim Konsum illegaler Substanzen im unteren Kleinbasel zu verbessern.

Für das Massnahmenpaket hat die Finanzkommission dem Antrag für eine dringliche Ausgabenbewilligung in Höhe vom 988'000 Franken einstimmig zugestimmt, und der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass mit den damit möglich gemachten, bereits umgesetzten oder beschlossenen Massnahmen eine wirkliche Verbesserung auch spürbar sein wird.

Der Regierungsrat hat deshalb in seiner Beantwortung des Anzugs auf dieses Massnahmenpaket verwiesen. Er möchte eine Verbesserung im gesamten Perimeter des unteren Kleinbasels erreichen und damit auch im genannten Perimeter des Anzugs rund um die Webergasse, den Claraplatz und die Claramatte. Eine gesonderte isolierte Entwicklungsstrategie für diesen Perimeter erachtet der Regierungsrat aber nicht als zielführend, und ich bitte Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Beantwortung des Anzugs ist nur punktuell erfolgt und den einzelnen Fragen wurde meines Erachtens zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Einreichung des Anzugs liegt mehr als zwei Jahre zurück und basierte auf den Beeinträchtigungen der Lebensqualität im Raum Webergasse, Ochsenengasse, Claraplatz aufgrund der verstärkten Aktivitäten, Bezüge bezüglich Drogenhandel und dessen Folgeerscheinungen. In der Zwischenzeit hat sich einiges entwickelt und die Problemzonen haben sich auf mehrere Gebiete im unteren Kleinbasel, wie wir gehört haben, ausgeweitet. Es gibt dort auch Konzepte zur Verbesserung.

Zahlreiche Massnahmen wurden ergriffen und betroffene Personen und Fachleute aus allen Bereichen sind im Austausch. Dies wird ausführlich in der Beantwortung der Fragen 1 und 2 beschrieben. Hier werden die aktuellen Massnahmen im unteren Kleinbasel beschrieben und im weiteren wird auf verschiedene Austauschgremien zur Webergasse hingewiesen, welche Auslegeordnungen machten uns sich weiterhin regelmässig austauschen. Dies ist grösstenteils nachvollziehbar. Ob die genannte Polleranlage in der Kasernenstrasse tatsächlich eine brauchbare Massnahme gegen den Drogenhandel ist, darf hinterfragt werden. Dass im Bereich Claraplatz keine Massnahmen geplant sind mit Umgestaltungen ist nachvollziehbar.

Die Beantwortung der Fragen 3 bis 6 ist nüchtern und kurz, da man nicht beabsichtige, eine Entwicklung des Quartiers um die Webergasse zu prüfen. Dies ist insofern sehr erstaunlich, da man sich andernorts viele Gedanken über die Entwicklung von Quartieren, Begrünung, Entsiegelung und Superblocks macht und die Stadt eine Entwicklung zur Steigerung der Lebensqualität forciert. Ich habe erwartet, dass sich die Regierung beziehungsweise die Stadtentwicklung in einem grösseren Kontext Gedanken macht, wie das auch der Regierungspräsident vorher gesagt hat, nicht punktuell, und proaktiv Verbesserungsmassnahmen prüft. Ich verfolge die Entwicklung auf der Achse Rheingasse, Webergasse, Kasernenstrasse, Klybeckstrasse, Feldbergstrasse seit Jahren. Selbst nach dem Umbau des Kasernenhauptbaus sind die Problemzonen auf dem Kasernenareal noch präsent. Vielfach wurde im Austausch mit dem Präsidialdepartement darauf hingewiesen, dass eine ganzheitliche Planung auch unter Einbezug der Webergasse als Verbindung zu bereits belebten und allseits beliebten Rheingasse anzustreben sei. Dies ist bis jetzt einfach nicht erfolgt und mit der Beantwortung des Anzugs ist auch keine Absicht zu erkennen, etwas an der Situation zu verändern. Es werden punktuell einzelne Projekte in genau abgesteckten Perimetern bearbeitet und nicht in einem ganzheitlichen Kontext. Diese Resistenz bedaure ich sehr.

Fakt ist, dass die Webergasse und die Kasernenstrasse bei der Verkehrsberuhigung keine Veränderung erfahren hat, so als hätte man den Verkehr abgestellt und die Gestaltung der Fläche vergessen. Es ist eine triste Teerfläche mit Trottoirs und die Häuser spenden wenig Schatten und tragen eher weniger zu Aufhübschung bei. Es scheint so, als sei es dort nicht so wichtig, dass die Stadt begrünt wird und die Hitze im Sommer weniger heiss zu sein scheint als anderswo in der Stadt. Auch die älteren, teils vulnerablen Menschen im Altersheim haben den Anspruch, sich draussen bewegen zu können, auch im Sommer.



Ich nehme in diesem Zusammenhang eine Ungleichbehandlung von Quartieren und Stadtteilen wahr. Das bestärkt den generellen Eindruck der Bevölkerung, dass das Kleinbasel vernachlässigt werde. Eine nicht repräsentative Umfrage von Bajour bestätigt diese These. 65 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Personen vertraten diese Meinung.

Da diese Strasseninfrastruktur so keine Verwendung mehr findet, ist es selbstredend, dass auch dort eine Begegnungszone oder etwas ähnliches geplant und eingerichtet werden kann und Bäume gepflanzt werden können, beispielsweise. Bestehende fünf Bäume und ein paar Rabatten Reichen dabei weitem nicht aus. Auch für die gastronomische Weiterentwicklung der Meile Rheingasse bis Kaserne und weiter gegen die Feldbergstrasse wäre eine Entwicklung des dazwischen liegenden Gebietes sehr willkommen. Diese hätte eine Attraktivitätssteigerung zur Folge und erhöht die Begegnung. Es ist auch denkbar, dass diese Massnahmen einen positiven Einfluss auf Nachtlärm und Nebenerscheinungen des Drogenhandels haben und somit grundsätzlich eine positive Auswirkung auf das Quartier entfalten.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass in der Beantwortung von einzelnen Fragen zahlreiche Aspekte meines Erachtens nicht berücksichtigt wurden und der Bedarf an Entwicklung unbestrittenermassen existiert. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Anzug stehen zu lassen, damit die Verwaltung noch einmal die Gelegenheit erhält, die Fragen in Bezug auf die Entwicklung, die ganzheitliche Entwicklung rund um die Webergasse mit einem erweiterten Fokus zu beantworten und dabei die oben genannten Aspekte zu berücksichtigen, für eine proaktive und ganzheitliche Stadtteilentwicklung.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe, Sie überzeugt zu haben, mit einem Stehenlassen die Chancen auf eine Verbesserung der Situation zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich kann mich meinem Vorredner ziemlich anschliessen, die Entwicklung in diesem Gebiet Webergasse, Claraplatz, Claramatte ist nicht besser geworden. Sie wird immer schlechter. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Anzug abzuschreiben.

Viele Firmeninhaber haben Einbussen in den Einnahmen und Firmeninhaber haben mir gesagt, sie haben ehemalige Kunden von Grossbasel, die nicht mehr ins Kleinbasel kommen. Das kann es doch wirklich nicht sein. Ich bin wöchentlich mehrmals dort und ich sehe einfach immer dieselben Gesichter, die Kokain zum Kaufen anbieten usw. Es hat dort Randständige, es gibt tägliche Schlägereien und ich verstehe die Leute, die sich dort nicht mehr gern aufhalten und auch nicht dorthin gehen wollen. Und der Regierungsrat findet, man kann diesen Anzug abschreiben.

Die Fraktion der SVP ist gar nicht dafür. Bitte lassen Sie ihn stehen. Ich möchte andere Antworten und ich möchte endliche Ergebnisse sehen, die dort irgendetwas verbessern. Es sind unhaltbare Zustände.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): In der Kreuztabelle steht Abschreiben. Ja, das war mal so, wir haben uns das noch einmal angeschaut. Auch im Hinblick auf die Antwort zu meiner Interpellation bezüglich dem ESC und den aggressiven Drogendealer auf dem Claraplatz können wir, wie die Vorredner schon gesagt haben, das nicht abschreiben. Ich glaube, wir müssen genau das machen, was uns vorher Regierungsrat Conradin Cramer empfohlen hat: Weiter an die Wand rennen, bis etwas geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Als jemand, der oft sich in diesem Perimeter bewegt und oft in der Rheingasse oder Webergasse unterwegs ist und die unterschiedliche Bar- und Clubszene dort auch nahe verfolgt und auch besucht, kann ich sagen, ja, wir haben zum Teil dort gewisse Problematiken. Der Anzug fordert eine klare Strategie zur Verbesserung der Lebensqualität im Kleinbasel, insbesondere im Bereich der Webergasse, des Claraplatzes und der Claramatte. Die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Gewerbetreibenden in diesem Quartier haben seit langem unter Lärmbelästigung, Verschmutzung und teils Kriminalität zu leiden.

Die Antworten der Regierung zeigen zwar Verständnis für die Problematik und erwähnen verschiedene bereits ergriffene Massnahmen, bleiben jedoch in vielerlei Hinsicht unzureichend. Die Antwort der Regierung ist zu ungenau und nicht ausreichend geprüft. Ein Beispiel hierfür ist die unklare Positionierung zur gesamtstädtischen Entwicklung im Kleinbasel. Die Regierung sieht keine Notwendigkeit für eine gesonderte Entwicklungsstrategie für das Quartier rund um die Webergasse



und verweist stattdessen auf die Gesamtbetrachtung des unteren Kleinbasels. Diese Herangehensweise lässt jedoch die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen des betroffenen Quartiers ausser acht.

Es fehlt an konkreten und sofort umsetzbaren Massnahmen, um die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern. Massnahmen wie die Installation zusätzlicher Beleuchtungskörper und die verstärkte Präsenz der Kantonspolizei sind zwar aktuell begrüssenswert, aber sie reichen nicht aus, um die komplexen Probleme des Quartiers zu lösen. Es fehlt eine langfristige Vision, die auch Aspekte wie Begegnungszonen und Flaniermeilen einschliesst, die die Aufenthaltsqualität und die Sicherheit nachhaltig verbessern können.

Ein weiteres Beispiel für die ungenügende Antwort der Regierung ist die Frage nach der Gesamterneuerung des Claraplatzes. Trotz der 2018 in Aussicht gestellten Gesamterneuerung wurden bisher nur minimale Anpassungen vorgenommen. Eine umfassende Erneuerung ist laut Regierung derzeit nicht geplant, was den Anforderungen an eine moderne und lebenswerte Stadtentwicklung nicht gerecht wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in dieser Achse noch viel aufzuwerten ist und die bisherigen Bemühungen der Regierung nicht ausreichen. Es fehlen Begegnungszonen, Flaniermeilen, viel mehr Begrünung und andere innovative städtebauliche Massnahmen, die das Quartier lebenswerter aber auch sicherer machen könnte. All diese Gedanken fehlen in der Antwort der Regierung und deshalb bitten wir, den Anzug stehen zu lassen und nicht abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht André Auderset.

André Auderset (LDP): Die Forderung von Niggi Rechtsteiner und Konsorten ist hier wirklich wärmstens zu begrüßen. Das ist das Minimum, das man machen muss. Eigentlich brauchen wir jetzt keine langfristige Strategie, die brauchen wir auch, aber was wir vor allem brauchen ist ein sehr schnelles Handeln. Lesen Sie mal die Kleinbasler Zeitung, in der vorletzten Ausgabe. Da ist einiges beschrieben, was auf diesem Claraplatz zurzeit zu- und her geht, mit der sogenannten Nigeria Connection. Da gibt es Geschäftsinhaber, bei denen die Leute sich nicht mehr ins Gebäude, beispielsweise am Claraplatz 1 trauen, da sind Arztpraxen drin, eine Frauenarztpraxis, eine HNO-Praxis, da sind Geschäfte drin, die haben wirklich das Problem, dass bereits frühmorgens die Dorthinstrebenden belästigt werden. Es gibt zwei Fasnachtscliquen, die dort ihre Übungslokale haben, einmal die Reds, die ihr Lokal genau unter dem Platz hat, zum anderen die Antike, die im Claraplatz 3 ihr Lokal haben. Die müssen mittlerweile Karawanen organisieren und Elterntaxis und Gruppenbildung, damit die Jungen dort zu den Übungen können und von den Übungen wieder nach Hause. Das sind Zustände, die einem städtischen Platz wirklich nicht würdig sind und das sind Zustände, die nun wirklich das Kleinbasel belasten. Wenn dann ein Polizeisprecher als Erklärung sagt, und das ist auch zitiert in der Kleinbasler Zeitung, dass letztes Jahr das die Anwohner eigentlich noch toleriert hätten und jetzt seien diese anscheinend intoleranter geworden. Es sei nämlich immer noch die gleiche Problematik. Das ist tragisch, dass es immer noch die gleiche Problematik ist, aber es ist sicher nicht die Toleranz der Anwohner, die hier gefragt ist, sondern hier muss wirklich etwas geschehen.

Also zum einen, auch um den Druck hoch zu halten oder höher zu halten, bitte ich, diesen Anzug zu überweisen resp. stehenzulassen, zum anderen aber auch die ganz dringende Bitte an alle Offiziellen, die das hören, dass man hier wirklich auch kurzfristig etwas tut. Das Kleinbasel erwartet das und braucht das.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ihr Kleinbasler Parteikollege möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Alex Ebi (LDP): Haben Sie auch das Gefühl, dass das ein hervorragendes Votum war?

André Auderset (LDP): Ich kann meinem Vorredner nur beipflichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Einzelsprecherin Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Also ich kann mich diesen hervorragenden Voten von vorher auch nur anschliessen. Ich bin Gewerbetreibende am Claraplatz und ich kann nicht verstehen, wieso die Regierung diesen Anzug abschreiben möchte. Ich würde gerne jeden von Ihnen einladen, einmal einen Tag bei uns in Geschäft zu stehen und zu schauen, wie es wirklich zu und her geht. Meine Mitarbeiter müssen langsam Polizei spielen, schauen, dass nicht den ganzen Tag Sachen geklaut werden aus dem Geschäft, und es ist einfach unhaltbar und es ist wirklich viel schlimmer geworden in den letzten zwei Jahren. Also ich möchte wirklich bitten, den Anzug erstens stehenzulassen und zweitens wirklich etwas zu unternehmen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Alle Voten gingen in dieselbe Richtung. Wünschen Sie trotzdem nochmals das Wort? Der Regierungspräsident verzichtet, das heisst wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 83 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004630, 23.10.24 15:56:14]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehengelassen mit 83 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

34. Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt Erarbeitung und Umsetzung, Bericht des RR

[23.10.24 15:56:29, 22.1054.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: In der Motion forderten die Unterzeichnenden den Regierungsrat auf, eine kantonale Gleichstellungsstrategie 2030 zu erarbeiten und innerhalb von zwei Jahren vorzulegen. Seit der Überweisung der Motion im Jahr 2021 hat der Kanton Basel-Stadt im Thema Gleichstellung wichtige Schritte gemacht. Lassen Sie mich darauf kurz zurückblicken und dabei nicht nur auf den Auftrag aus der Motion einzugehen, sondern auch auf das neue kantonale Gleichstellungsgesetz.

Bereits in seiner damaligen Stellungnahme hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass sich die Anliegen der Motion Sieber begrüssenswerterweise mit der eigenen Planung decken. Im Legislaturplan 2021 bis 2025 sah der Regierungsrat nämlich vor, einen Aktionsplan Gleichstellung zu erarbeiten. Sie sind damals der Empfehlung auch des Regierungsrats gefolgt und haben die Motion Anfang 2022 zur Erfüllung innerhalb von zwei Jahren überwiesen. In der Zwischenzeit hat der Grosse Rat das kantonale Gleichstellungsgesetz intensiv beraten und einem neuen Gesetz im Januar dieses Jahres zugestimmt.

Dieses neue KLG verankert die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe mit ganz verschiedenen Unterstützungsaufträgen. Die Departemente sind in ihren Fachbereichen zuständig, den Gleichstellungsauftrag umzusetzen. Der Regierungsrat legt einmal pro Legislatur die Schwerpunkte fest, um die Verwirklichung der Gleichstellung zu fördern. Der Regierungsrat erlässt einen Aktionsplan, bei dessen Erarbeitung sich alle Departemente beteiligen und der Regierungsrat soll einmal pro Legislatur zu den Massnahmenergebnissen aus dem Aktionsplan und zur Entwicklung der Gleichstellung generell berichten.

Heute kann Ihnen der Regierungsratsberichten über die Erfüllung von zwei Aufträgen, einer aus der Motion Sieber und einer aus dem kantonalen Gleichstellungsgesetz. Mit dem Gleichstellungsplan hat der Regierungsrat nämlich für die nächsten vier Jahre eine politische Schwerpunktsetzung vorgenommen. Der Gleichstellungsplan umfasst sechs Handlungsfelder. Der Regierungsrat setzt damit einen wichtigen Impuls für die Gleichstellung und verstärkt das Engagement der gesamten Kantonsverwaltung, die Gleichstellung aller Geschlechter sowie von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen zu fördern. Das Ziel war die Schaffung eines strategischen und operativen Instruments, um eine verbindliche und umfassende Gleichstellungspolitik der Verwaltung in Basel-Stadt umzusetzen.



Wir haben Massnahmen umzusetzen in sechs Handlungsfeldern, Schwerpunktthemen. Diese sind 1. Gewalt und Sicherheit, 2. Vielfalt und Antidiskriminierung, 3. Bildung, Sport und Gesundheit, 4. bezahlte und unbezahlte Carearbeit, 5. das Erwerbsleben und 6. der Kanton als Arbeitgeber. In diesen sechs Handlungsfeldern wurden 16 konkrete Ziele und ganze 80 Massnahmen formuliert. Damit zeigt die kantonale Verwaltung, mit welchen Massnahmen sie welche Ziele bis 2027 erreichen will. Die Massnahmen sollen die Gleichstellung nochmals deutlich verbessern und der Kanton will als Arbeitgeber die Gleichstellung seiner Mitarbeitenden weiter fördern.

Wie in der Motion gefordert, haben wir die Handlungsfelder auf der Grundlage des aktuellen Handlungsbedarfs, den pendenten überwiesenen politischen Vorstössen, den Ergebnissen einer breiten Onlineumfrage bei zivilgesellschaftlichen Organisationen festgelegt. Wir haben auch eine spezifische Veranstaltung durchgeführt, an der mehr als 40 Organisationen teilnahmen, die aus ihrer Sicht den Handlungsbedarf darlegten, Massnahmenvorschläge formulierten und ins Gespräch mit der Verwaltung traten. Sie sehen, das wurde alles sehr partizipativ erarbeitet und das, was partizipativ zusammengetragen wurde, wurde anschliessend gebündelt. Der Regierungsrat hat dann eben mit richtungsweisenden Schwerpunkten in Form von Handlungsfeldern den Gleichstellungsplan erlassen.

In den kommenden vier Jahren soll die Gleichstellung in den eben erwähnten sechs Handlungsfeldern weiter gefördert und gestärkt werden. Der Plan verzichtet dabei auf Handlungsfelder für spezifische Gruppen wie zum Beispiel LGBTIQ-Personen, Kinder und Jugendliche, Armutsbetroffene oder Migrantinnen und Migranten. Stattdessen werden die spezifischen Anliegen der Gruppen mitberücksichtigt.

Aufgrund der Praxis und der Erfahrungen zum Beispiel der Städte Zürich und Bern mit ihren Gleichstellungsplänen hat sich der Regierungsrat entschieden, den Gleichstellungsplan mit einer vierjährigen Laufzeit vorzulegen. Die Laufdauer bis 2027 ist damit kürzer als der von der Motion geforderte Zeithorizont bis 2030. Ein Vierjahresrhythmus erlaubt uns aber jeweils auf neue Entwicklungen und politische Themen einzugehen und diese dann in einem zweiten Gleichstellungsplan für die Jahre 2028 bis 2031 aufzunehmen. Auch sieht das kantonale Gleichstellungsgesetz vor, dass der Regierungsrat einmal pro Legislaturperiode eine Schwerpunktsetzung vornimmt und zur Entwicklung der Gleichstellung im Kanton berichtet. Eine vierjährige Laufdauer, die wir ja kennen aus allen anderen Bereichen, ist aus diesen Gründen einer Strategie bis 2030 vorzuziehen.

Die Massnahmen des Gleichstellungsplans werden grösstenteils im Rahmen der ständigen Aufgaben der verantwortlichen Departemente konzipiert und umgesetzt. Es erscheint dem Regierungsrat nicht zielführend, die einzelnen Budgets pro Handlungsfeld auszuweisen und die Handlungsfelder dadurch auch automatisch zu gewichten. Es gibt über den Gleichstellungsplan hinaus auch leistungsbezogene Massnahmen in der Verwaltung und eine Ausweisung des Aufwands pro Handlungsfeld wäre somit ohnehin nicht genau. Über kostenintensive Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung wird der Regierungsrat selbstverständlich dem Grossen Rat jeweils in Form eines Ausgabenberichts oder Ratschlags berichten.

Der Regierungsrat beabsichtigt, einen öffentlichen Schlussbericht zum laufenden Gleichstellungsplan per Ende der Laufperiode zu erarbeiten. Dieser wird dann voraussichtlich im Frühjahr 2028 auch dem Grossen Rat unterbreitet. Der Regierungsrat hat sich entschieden, hier bereits dem gesetzlichen Auftrag im kantonalen Gleichstellungsgesetz zu folgen und eben einmal pro Legislatur dem Grossen Rat über die Umsetzung der Massnahmen und den Stand der Gleichstellung im Allgemeinen zu berichten. Damit kann der Regierungsrat einen aussagekräftigen Bericht vorlegen, aussagekräftiger als eine jährliche Berichterstattung im Jahresbericht der Verwaltung wäre, wie sie die Motion fordert. Gleichzeitig wird der Regierungsrat für den nächsten Gleichstellungsplan 2028 bis 2031 eine erneute Schwerpunktsetzung vornehmen und die Erarbeitung des darauffolgenden Plans in Auftrag geben. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen wiederum in geeigneter Art und Weise einbezogen werden.

Sie sehen die Abweichung zu den einzelnen ja teilweise sehr präzisen Aufträgen in der Motion erachtet der Regierungsrat durchwegs als begründet und entsprechend gut vertretbar. Dadurch, dass die Verwaltung regelmässig einen Gleichstellungsplan erarbeitet und präsentiert, werden wir in einem kontinuierlichen Prozess der Schwerpunktsetzung Zieldefinition und Umsetzung von Massnahmen treten. Wir werden Ihnen einmal pro Legislatur mittels eines Schlussberichts prominent zum Gleichstellungsplan berichten können und nicht einfach irgendwo auch noch im Jahresbericht. Damit werden wir Ihnen eine aussagekräftige Bilanz zum Umsetzungsstand der Massnahmen präsentieren.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, gestützt auf meine Ausführungen und auch auf die schriftlich vorliegenden Ausführungen, den Gleichstellungsplan für die Jahre 2024 bis 2027 zur Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig die Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030 als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, die Motion stehen zu lassen. Wir nehmen den Gleichstellungsplan sehr wohlwollend zur Kenntnis, erachten ihn als ein sehr wichtiges Instrument für die Umsetzung von



Gleichstellung als Querschnittsaufgabe im Kanton und eben als einen wichtigen Teil der Umsetzung des neuen kantonalen Gleichstellungsgesetzes. Wir möchten aber, dass einige Detailforderungen aus der Motion noch umgesetzt werden.

Der Gleichstellungsplan genügt uns heute in Sicht der Verbindlichkeit und der Transparenz noch nicht ganz und wir möchten deshalb die Motion stehenlassen, dass der identische Gleichstellungsplan dann nochmals publiziert wird mit diesen kleinen Nachjustierungen. Der Regierungspräsident hat es ausführlich ausgeführt, wie es dazu kam, dass sich die gesetzlichen Grundlagen geändert haben. Uns in der JSSK war es damals auch wichtig, den Aktionsplan gesetzlich zu verankern, einen vierjährigen Bericht gesetzlich zu verankern und wir sind dann auch gespannt auf diesen ersten Bericht zu diesen Massnahmen.

Seitens SP-Fraktion begrüssen wir es, dass die Motion nicht buchstabengetreu umgesetzt wird. Es ist ganz logisch, dass jetzt eine vierjährige Laufdauer gewählt wird, entsprechend der neuen gesetzlichen Grundlagen, auch folgen wir den Ausführungen der Regierung betreffend den Verzicht auf Budget pro Handlungsfelder. Es gibt ja auch Massnahmen im Bereich Gleichstellung, die den Alltag in einem Departement betreffen. Also es kann je nachdem auch gar nicht hohe Kostenfolgen haben, aber eine sehr relevante Massnahme trotzdem sein, also auch die Gewichtung von Massnahmen anhand vom Budget scheint uns nicht ein sehr guter Indikator sein. Und wir wollen auch, dass durchaus auch Massnahmen aufgenommen werden können, bei denen die Planung jetzt noch nicht so komplett fortgeschritten ist und vielleicht auch noch gar keine konkreten Zahlen da sind, wie viel das kostet. Also wir wollen auch einen Gleichstellungsplan, der einigermaßen flexibel bleibt.

Bei der Wirkungsmessung sind wir der Meinung, dass die Ziele durchaus so genannt smart und messbar sein wollen. Einige der Zielformulierungen sind im Moment eher noch Aufgabenbeschreibungen. Das könnte dann vielleicht beim nächsten Gleichstellungsplan etwas konkreter gemacht werden, aber wir sind jetzt auch der Meinung, es sollen nicht zu viel Ressourcen in eine komplexe Wirkungsmessung gehen, vielmehr ist es uns wichtig, dass dann eben auch die Ressourcen in die Innovation für den nächsten Gleichstellungsplan gehen. Wir haben zum Teil die Wahrnehmung, dass es doch vieles ist aus dem Status Quo und wir sind auch neugierig oder es ist auch wichtig, dass auch neue Massnahmen entwickelt werden und werden sicher auch seitens SP dann immer auch wieder mal mit Vorstössen selber auch neue Themen einbringen, wie wir das bei der Gleichstellung und Männerbilder gemacht haben, was aus unserer Sicht im jetzigen Gleichstellungsplan wirklich zu kurz kommt.

Jetzt noch zu den Punkten, die wir noch umgesetzt haben möchten. Für uns ist es wirklich wichtig, dass pro Massnahme das zuständige Departement klar ersichtlich ist. Uns ist nicht ganz klar, wieso das Departement hier die Intransparenz gewählt hat, also pro Departement soll diese Information klar da sein, pro Massnahme, welches Departement zuständig ist. Auch soll klar sein, ob es eine Daueraufgabe oder eine in Planung befindliche Aufgabe ist. Das ist zum Teil gar nicht ganz verständlich, wenn diese Information fehlt. Dann sollen auch pro Massnahme klare Meilensteine kommuniziert sein, also was man ungefähr erwarten kann, was bis zum Ende der Periode erfolgen soll. Auch hier geht es nicht um eine detailgetreue Vorplanung, aber einfach um die Verständlichkeit. Also damit Transparenz herrscht, müssen die Massnahmen noch einigermaßen nachvollziehbar sein.

Dann wünschen wir natürlich auch, dass im Bericht 2027 durchaus auch eine Auseinandersetzung mit den allgemeinen Entwicklungen in der Gleichstellung stattfindet und dann daraus auch wieder hergeleitet wird, in welchen Handlungsfeldern man jetzt aktiv ist. Dies fehlt jetzt auch ein bisschen in der Strategie, aber da reicht es uns komplett, wenn das dann im nächsten Aktionsplan anders dargestellt wird. Es ist also nicht Sinn und Zweck, dass dieser Gleichstellungsplan komplett überarbeitet würde, da wären wir missverstanden, es geht nur um leichte Justierungen, die wir uns wünschen. Man kann es vielleicht schon fast redaktionelle Anpassungen nennen, die uns aber wichtig sind für die Transparenz.

Uns auf jeden Fall wichtig, dass die Departemente in ihren Jahresberichten regelmässig auch berichten zur Umsetzung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in ihrem Departement. Das ist eine Daueraufgabe, die sich einfach nicht nur auf den Aktionsplan bezieht, aber wir finden es auch richtig, dass dann eine systematische Berichterstattung zu allen Massnahmen alle vier Jahre erfolgt.

Ja, zum Abschluss möchte ich mich bei allen Departementen bedanken, dass jetzt Massnahmen zum Gleichstellungsplan beitragen. Wir sind gespannt, die Ergebnisse zu lesen. Die thematische Breite und auch die Vielfalt der 80 Massnahmen drückt die Bereitschaft des Kantons aus, die Gleichstellung in Bezug auf Geschlecht und sexuelle Orientierung departementsübergreifend zu fördern, und es ist auch davon auszugehen, dass in dieser partizipativen Erarbeitung dieses aktuellen Gleichstellungsplans auch schon ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung und Vernetzung zwischen den Departementen in Sachen Gleichstellung erreicht worden ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich kann mich dem Votum von Barbara Herr voll und ganz anschliessen. Ich brauche das auch gar nicht zu wiederholen. Ich möchte den Regierungsrat daran erinnern, dass wir ein Gleichstellungsgesetz verabschiedet



haben, das die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe definiert. Er hat das auch erwähnt und wir würden halt einfach gerne wissen, wie diese Querschnittsaufgabe in den Departementen umgesetzt ist. Das hat Barbara Heer schon gesagt, ich möchte das jetzt einfach auch noch einmal von der GLP so zu Protokoll geben. In diesem Sinne stehenlassen gemäss SP.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Für die SVP spricht Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es ist schon hoch interessant, mit welchen unterschiedlich Eillen der Regierungsrat misst, wenn es um das Thema Gleichstellung, Gender, Woke und Verwandtes geht. Hier hat er keinen Aufwand gescheut, einen grossen umfangreichen Plan zu erarbeiten, aber bei Fragen, welche nicht nur diese Gleichstellung und ähnliche Themen unkritisch beleuchten, da verweigert er Antworten. Seine Nicht-Antwort auf meine Interpellation zur Gender-Sprache in Verwaltung und Schulen lässt grüssen. Regierungspräsident Conradin Cramer ist da bereits vorgewarnt, er weiss, in meiner Antwort werde ich dann nicht nur Lobenswertes sagen.

Aber kommen wir zur Motion Sieber. Sie wirft die Frage auf, ob in unserem Kanton noch nicht genügend zum Thema Gleichstellung getan wird. Wir seitens SVP sind der Überzeugung, dieses Thema ist im Legislaturplan bereits ganz klar formuliert. Beim Legislaturziel 2, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken ist in der Einleitung klar gesagt, dass für hier lebende Menschen die Gleichstellung und Inklusion ermöglicht werden soll. Die Massnahme 13 Gleichstellung, Diversität und Inklusion vertieft diesen Gedanken, die Massnahme 46 attraktiver Arbeitgeber des Legislaturziels 6 modernen kundenfreundlichen Service Public anbieten bestätigt dieses Bestreben des Regierungsrats, den Kanton als attraktiven Arbeitgeber auch bezüglich Gleichstellung und Inklusion zu etablieren. Alles in allem zu sagen, Gleichstellung und Inklusion würden in unserem Kanton zu kurz kommen, das leugnet Tatsachen.

Der Regierungsrat möchte die Laufdauer des Plans statt bis 2030 bis 2027 ändern. Wir halten das für vernünftig, lässt sich doch damit auf gesellschaftliche Änderungen zeitnah eingehen, als wenn der Plan bis 2030 festgenagelt würde. Auch die Frequenz der Berichterstattung, nämlich einmal pro Legislatur, erscheint uns als vernünftig und pragmatisch, da diese Frequenz einen guten Ausgleich von Aufwand und Ertrag bringt. Und dass der Regierungsrat auf separate Budget pro Handlungsfeld verzichtet und damit weniger staatlichen Aufwand betreiben will, das begrüssen wir seitens SVP natürlich auch. Er schreibt, falls kostenintensive Massnahmen anfallen, würde er sie dem Grossen Rat vorlegen. Anders gesagt, alle anderen Massnahmen muss er aus seinem ordentlichen Budget berappen. Wir werden auf alle diese Massnahmen seitens der SVP ganz klar ein scharfes Auge richten, angesichts der für viele in diesem Saal scheinbar unerschöpflichen Geldquellen unseres Kantons dürfen wir erwarten, dass da noch einige kostenintensive Begehrlichkeiten auf uns zukommen werden.

Ich komme wieder zurück auf den Plan selbst. Er ist nach Ansicht der SVP nichts anderes als eine Blaupause für staatliche Eingriffe in viele Bereiche, in welchen tatsächliche, vermeintliche oder zurzeit gerade gefühlte menschliche Unterschiede bestehen. Und damit ist er ein Freipass für eine Unzahl von Vorschriften Regeln, Massnahmen, Kampagnen oder anders gesagt für einen ungehinderten Ausbau von staatlichen Stellen. Der Regierungsrat leistet seinen Offenbarungseid, wenn er schreibt, er wolle mit den Mitteln des Gender-Mainstreaming die Verwirklichung der Gleichstellung in der Verwaltung noch stärker vorankern. Mit dem eindeutschen Kunstbegriff Gender-Mainstreaming wird aber nicht einfach die Gleichstellung der beiden naturgegebenen Geschlechter vorangetrieben, was selbstverständlich völlig richtig ist. Nein, Gender-Mainstreaming forciert vielmehr die absurde These, dass das Geschlecht ein mentales Konstrukt sei, welches jeder nach seinem Gusto gestalten und bei Bedarf beliebig ändern kann. Der hier vorliegende Plan, der sich auf das Gender-Mainstreaming beruft, betreibt unter dem Deckmantel von Gleichstellung die Abschaffung der beiden Geschlechter Mann und Frau. Natürlich, wenn es diese Unterschiede nicht mehr gibt, dann ist die Gleichstellung zu 100 Prozent erreicht. Nur ich sage Ihnen, dann ist die Welt ein trauriger und langweiliger Ort.

Ebenfalls interessant ist das Kapitel 4 Bezahlte und unbezahlte Carearbeit. Hinter diesem Titel stehen Verbesserungen von Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten und im Bereich der Pflege. Die Anerkennung der unbezahlten Carearbeit soll gestärkt werden. Die Vergütung von Betreuungsleistungen soll erbracht werden. Das sind tatsächlich alles wichtige und richtige Themen, die wir diskutieren müssen. Aber bitte, dann tun Sie das im offenen demokratischen Diskurs und schmuggeln sie dieses Thema nicht unter dem Deckmantel von Gleichstellung in einen solchen Plan in die Diskussion und Entscheidungsfindung ein.

Schliesslich und endlich noch zur Abteilung Gleichstellung und Diversität, welche ja dieses ganze erarbeitet hat. Im Studium habe ich gelernt, es gibt kein Perpetuum Mobile. Ich stelle mit Erstaunen fest, es gibt es doch. Der Staat kann mit seinen Regeln die Naturgesetze ausheben, diese Abteilung Gleichstellung erneuert sich ständig und erfindet neue Aufgaben für sich selbst. Sie hat ja gar kein Interesse daran, dass einmal Gleichstellung und Inklusion hundertprozentig umgesetzt wird, denn da hätte sie ja keinen Arbeitsinhalt mehr. Wir sind der Ansicht, wir können diese Abteilung ohne weiteres auflösen und die darin Beschäftigten dem freien Markt übergeben. Wir werden bei der Budgetdebatte ganz sicher wieder auf diesen Punkt zurückkommen.



Alles in allem, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Gleichstellungsplan zur Kenntnis zu nehmen und die Motion Sieber abzuschreiben.

Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Johannes Sieber das Wort für seine Zwischenfrage.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben im Zusammenhang mit der Richtung der Gleichstellung Ihre Interpellation erwähnt. Ist Ihnen bewusst, dass Sie einen mehrheitsfähigen Vorstoss einreichen sollten, wenn sie eine Richtung bestimmen möchten?

Beat K. Schaller (SVP): Dazu ist es empfehlenswert, zuerst einmal eine Interpellation zu machen und den Puls zu fühlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich kann es eigentlich auch sehr kurz machen. Meine Vorrednerin Barbara Herr und dann in aller Kürze Johannes Sieber haben eigentlich schon begründet, warum wir die Motion Johannes Sieber und Konsorten stehenlassen möchten. Das beantragt auch das GAB.

Man kann Beat Schaller nicht vorwerfen, dass er die Dinge nicht gründlich lesen würde, die sich mit der Gleichstellung im Kanton befassen. Da unterscheidet er sich sicher von vielen anderen Kolleg:innen hier im Grossen Rat. Nur leider scheint Beat Schaller einfach nicht zu verstehen, worum es in diesen Gleichstellungsplänen geht, und deshalb kommen wir zum gegenteiligen Schluss der SVP-Fraktion.

Wir werden uns selbstverständlich gegen jegliche Budgetkürzungen Ende Jahr wehren und ich bin auch überzeugt, dass sie damit gegen Mauern rennen würden. Wir haben das heute schon einmal gehört, nur dass es sich hier nicht um politisch opportune Anliegen handeln wird, die sich irgendwann durchsetzen werden, sondern diese Mauern werden bestehen bleiben.

Ich möchte nochmal kurz unterstreichen, dass das, was Barbara Heer schon ausführlich ausgeführt hat, auch die Punkte sind für das GAB bezüglich dem Gleichstellungsplan. Wir beantragen das Stehenlassen der Motion Sieber nicht, weil wir alle die Forderungen jetzt noch umgesetzt sehen wollen würden, sondern wir möchten wirklich diese Punkte mit der fehlenden Transparenz durch die fehlende Departementszuordnung und die gewisse Unverbindlichkeit, die herrscht bezüglich der Dauer der Massnahmen – sind es neue Massnahmen, sind es bereits bestehende Massnahmen – diese Punkte möchten wir nachgebessert haben. Ich gehe jetzt aber nicht noch einmal auf alles im Detail ein, sondern verweise, darauf, dass sich die Verwaltung, wenn sie sich dann mit dem Bericht zum Gleichstellungsplan beschäftigt und auch mit der Ausarbeitung des nächsten Gleichstellungsplans 2028 bis 2031, doch auf die Details aus Barbara Heers Votum konzentrieren soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ginge das Wort nochmals zum Regierungspräsidenten, er verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Barbara Heer beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

34.1. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR

[23.10.24 16:23:46, 21.5439.03]

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.



Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004633, 23.10.24 16:23:47]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion stehengelassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung

35. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:24:05, 24.5096.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe auch keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde damit kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stillschweigend in einen Anzug umzuwandeln den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

36. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der «KulturLegi», Schreiben des RR

[23.10.24 16:24:36, 23.5090.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Johannes Sieber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Die Kreuztabelle ist klar für Abschreiben, wir beantragen auch nichts anderes. Ich wollte einfach kurz hier erwähnen, dass die Intention dieses Anzugs war, dass diese Kulturlegi gestärkt wird und ich finde nach wie vor, dass das getan werden sollte. Ich sehe aber, dass der Anzug irgendwie nicht dazu führt. Wieso soll die Kulturlege gestärkt werden? Sie soll gestärkt werden, weil sie den Zugang zur Kultur fördert von Menschen, die sich dies nicht so wirklich leisten können. Das halte ich sehr sinnvoll, und ich halte es auch darum für sinnvoll, weil ich denke, dass wir im Kanton Basel-Stadt eine gewisse Entwicklung haben, Kultur gratis oder sehr günstig anzubieten und ich finde durchaus, dass Menschen, die sich Kultur leisten können, diese Kultur auch bezahlen sollen, also Eintritt bezahlen sollen. Deswegen beobachte ich die Entwicklung mit diesen «Von bis-Preisen» – man kann zahlen, was man will - kritisch. Das möchte ich hier zu Protokoll geben. Da Sie mich noch ein paar Jahre aushalten müssen, möchte ich in diesem Bereich noch mit Vorstössen kommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Besten Dank. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst



stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

37. Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:26:24, 23.5543.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Nicht alle Kinder und Jugendliche werden durch die Erziehungsberechtigten und das soziale Umfeld in ausreichendem Masse aufgeklärt. Die schulische Sexualbildung leistet seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Die schulischen Präventionsmassnahmen zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten, unerwünschten Schwangerschaften und vor sexueller Gewalt sind etabliert und werden stetig ausgebaut. Die Lehr- und Fachpersonen haben heute schon die Möglichkeit, für Unterrichtseinheiten externe Fachpersonen beizuziehen oder mit ihrer Klasse ausserschulische Lernorte zu besuchen.

Der Grosse Rat hat vor einem Jahr die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen zur Erfüllung überwiesen. In seiner Stellungnahme hat der Regierungsrat ein Konzept zu den Präventionsprogrammen an den Schulen in Aussicht gestellt. Dieses wird zurzeit erarbeitet. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe analysiert die Angebotsstruktur, bestehend aus Schulmassnahmen, Pflichtsprogramm und ergänzenden Programmen und erarbeitet Vorschläge für die künftige Koordination und Bewirtschaftung aller Präventionsleistungen. Ziel ist es, die Lehr- und Fachpersonen im Bereich Sexualbildung und Prävention noch besser zu unterstützen. Die Verantwortung für den Unterricht muss aber bei den Lehrpersonen bleiben und kann nicht nach Gutdünken an externe Stellen delegiert werden. Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass die Lehrpersonen bei diesem wichtigen Themenbereich fachlich und methodisch-didaktisch kompetent bleiben. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat sich gemeldet Jenny Schweizer von der SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, die Motion auch als Anzug nicht zu überweisen, sondern abzuschreiben. Die Regierung hat klar aufgezeigt, dass die Sexualaufklärung im Lehrplan 21 verankert ist und laufend angepasst und überprüft wird, genau wie alle anderen Schulfächer auch. Zudem bin ich überzeugt, dass die Arztpraxen sicherlich auch eine angemessene Sexualaufklärung bei jugendlichen Patientinnen und Patienten gewährleisten.

Wenn Sie nun argumentieren, dass eine Reihe von Schülerinnen und Schülern nicht oder nur ungenügend über HPV-Impfungen Bescheid wissen, dann liegt es auch in der Natur der Sache, dass die Schülerinnen und Schüler nicht alles merken, was sie lernen. So können wir auch sagen, dass sie beispielsweise nicht wissen, wann der Dreissigjährige Krieg stattgefunden hat, wie die Mitternachtsformel funktioniert oder wie der Subjonctif im Französischen gebildet wird. Und das, obwohl es ihnen gemäss Lehrplan 21 beigebracht wurde. Aber deshalb stellen wir nicht den Geschichts-, den Mathematik- oder den Französischunterricht in Frage und reichen gleich eine Motion ein. Ich finde die Argumentation in dieser Motion so absurd, dass wir diese Motion nur abschreiben können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist der Adrian Iselin von der LDP.

Adrian Iselin (LDP): Bereits bei der Erstüberweisung dieser Motion hat die LDP betont, dass Lehrpersonen die Sexualaufklärung nicht an externe Stellen delegieren sollten. Die Kosten für externe Stellen müssten letztendlich vom Steuerzahler getragen werden, was zu einer doppelten Belastung führt. Es ist wichtig, dass Lehrpersonen generell befähigt sind, die Schülerinnen und Schüler altersgerecht in ihrer sexuellen Sozialisation zu begleiten.

Der Regierungsrat hält fest, dass die in der vorliegenden Motion enthaltenen Forderungen bereits weitgehend erfüllt sind. Zusätzlich hat der Regierungsrat ein Konzept zu den Präventionsprogrammen an den Schulen in Aussicht gestellt, das



derzeit erarbeitet wird. Daher erachtet die LDP eine Überweisung als unnötig. Die LDP-Fraktion bittet Sie daher, die Motion abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die SP ist Jessica-Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Die Kreuztabelle ist sehr eindeutig und ich denke, die Motion wird als Anzug überwiesen.

Mir ist noch wichtig zu sagen, dass bei der Überweisung vor einem wir uns hier drin sehr einig waren, dass vor allem mit der Überarbeitung des Leitfadens für die Schulen aus dem Jahr 2011 vorwärtsgehen muss, dass der wirklich überarbeitet werden muss. Und das war ein Auftrag an das ED. Jetzt sind wir ein Jahr später, ein neues Schuljahr hat gestartet und dieser Leitfaden wurde halt immer noch nicht überarbeitet und das beelendet mich schon ein bisschen. Ich weiss, es waren Wahlkämpfe dazwischen. Ich weiss, der Vorsteher hat gewechselt, aber wenn wir uns doch einig sind, wenn wir Aufträge erteilen an ein Departement, wenn wir sagen, es ist wichtig, dann ist doch das ein Auftrag. Ich würde mir wirklich wünschen, dass dieser Leitfaden jetzt bitte überarbeitet wird, wenn mir das jetzt als Anzug überweisen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie diese Motion jetzt als Anzug überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung. Jenny Schweizer beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen somit ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004637, 23.10.24 16:34:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen überwiesen.

38. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:34:23, 23.5643.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion auf das Schuljahr 2024/2025. Der Regierungsrat wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Idee, das Konzept des Familienurlaubs auch auf der Sekundarstufe 2 weiterzuführen, scheint auf den ersten Blick attraktiv zu sein. Allerdings stellt dieses Ansinnen die Berufsbildung vor unlösbare Schwierigkeiten. Schultage an der Berufsschule gelten als Arbeitszeit. Eine Freistellung vom Unterricht kann nicht nur von der Berufsfachschule alleine entschieden werden, sondern benötigt die Zustimmung des Lehrbetriebs. Hinzu kommt, dass



der Ferienanspruch der Lernenden im Obligationenrecht beziehungsweise im Lehrvertrag geregelt ist. Mehr freie Tage für zum Beispiel Familienurlaub ist Sache des Arbeitgebers oder des Lernbetriebs und damit Teil der Anstellungsbedingungen.

Wir können das den Lernbetrieben nicht vorschreiben. Zudem ist es bereits jetzt möglich, in begründeten Fällen einen Antrag für Urlaub zu stellen. Die kantonale Absenzen- und Disziplinarverordnung führt wesentliche Gründe auf, um Urlaub zu erhalten. Dazu gehören beispielsweise ausserordentliche Familieneignisse wie Hochzeiten, Runde Geburtstage der Grosseltern oder Beerdigungen, religiöse Feiertage, Amtstermine oder Schülerinnen- und Schüleraustausche gehören auch dazu, auch wenn kein Recht darauf besteht. Ein Urlaubsantrag beziehungsweise die Gewährung eines Urlaubs aus anderen Gründen ist auch bei den weiterführenden Schulen nicht ausgeschlossen, sofern die Schulleitungen und gegebenenfalls der Lehrbetrieb entsprechen entscheiden.

Eine Einführung von weiteren zu gewährenden zwei Tagen Familienurlaub würde die duale Berufsbildung gegenüber den Mittelschulen benachteiligen. Der Nachteil besteht darin, dass die duale Berufsbildung die zwei Tage Familien erlaubt nicht einführen könnte, während es den Mittelschulen grundsätzlich möglich wäre. In den Augen der jungen Menschen könnte dies als Nachteil beim Vergleich zwischen Lehre und Vollzeitschule gesehen werden, neben den sowieso schon längeren freien oder Volksschulzeiten, 14 Wochen Schulferien gegenüber fünf Wochen bei den Lehrlingen.

Diese Benachteiligung wollen wir vermeiden. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat Nichtüberweisung dieser Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

39. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR

[23.10.24 16:37:49, 22.5024.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

40. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern, Schreiben des RR

[23.10.24 16:38:15, 19.5571.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er wünscht es nichts. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben



41. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:38:44, 24.5063.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet.

Es haben sich keine Sprechenden eingetragen. Wir müssen aber trotzdem abstimmen.

Abstimmung

JA heisst Einreichung gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst nicht Einreichung

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004643, 23.10.24 16:39:55]

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben der Einreichung einstimmig mit 93 Stimmen zugestimmt.

42. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:40:08, 24.5173.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne fasse ich die Haltung des Regierungsrats zu dieser Motion zusammen. Wir sind der Überzeugung, dass es zur Sicherstellung des Bundesverfassungsauftrags keines separaten Musikschulgesetzes bedarf. Die bestehenden Strukturen der Förderungen ausserschulischen Musikunterrichts sind im Kanton Basel-Stadt grundsätzlich gut. Allerdings sehen wir durchaus Verbesserungs- und Weiterentwicklungsbedarf. Dieser betrifft nicht so sehr die Förderstrukturen selbst, sondern deren Grundlagen und vor allem deren Kommunikation.

Die zahlreichen politischen Vorstösse zu diesem Thema machen deutlich, die Zuständigkeiten und die Handhabung der privaten Leistungsträgerorganisationen, ausserschulische Musikförderung im Staatsbeitragsverhältnis sind gegen aussen nicht vollständig transparent und nachvollziehbar. Um dies zu verbessern, planen wir seit längerem eine umfassende Revision der teils historischen Bildungsgesetzgebung. Dabei ist auch vorgesehen, in einem neu zu schaffenden Bildungsrahmengesetz eine gesetzliche Grundlage zu schaffen für die Mitfinanzierung des Musikunterrichts für Kinder und Jugendliche an Musikschulen.

Dies festigt die Rechtsstellung von Anbieterinnen wie der Musikakademie und der weiteren vergleichbaren Institutionen der musikalischen Bildung. In diesem Zusammenhang soll auch, wie es die Motion fordert, eine Verordnung erstellt werden. Sie regelt das für alle Institutionen rechtliche Verfahren zum Zugang zu staatlichen Mitteln, die staatliche Finanzierung und gegebenenfalls auch die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit dem Gemeinwesen, insbesondere den staatlichen Schulen.



Die Revision der Bildungsgesetzgebung schreitet voran und wird voraussichtlich nächstes Jahr in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Da es um die gesamte Bildungsgesetzgebung geht, ist aufgrund der Komplexität und Mehrstufigkeit dieser Revision praktisch ausgeschlossen, dass die Motionsforderungen binnen zwei Jahren bereits erfüllt werden können. Ich beantrage Ihnen daher, die Motion wie im Motionstext vorgesehen, ohne Fristvorgabe zu überweisen. Ich verweise auf Art. 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates, wo es wörtlich heisst: Überwiesene Motionen, die keine Frist erhalten, sind vom Regierungsrat so bald als möglich zu erfüllen. Das haben wir auch in diesem Fall vor.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erster Fraktionssprecher hat sich eingetragen Johannes Sieber von der GLP.

Johannes Sieber (GLP): Im Grundsatz sind wir uns ja einig, dass in diesem Feld etwas getan werden muss. Wir möchten aber trotzdem daran festhalten, dass diese Motion innerhalb von zwei Jahren erfüllt werden soll, und das werde ich jetzt beantragen. Wir sehen auch den Zusammenhang mit den anderen Revisionen nicht. Wir können das trotzdem jetzt angehen und jetzt durchführen. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass die Motion eine Strategie fordert zur Annäherung von Angebot und Nachfrage der musikalischen Bildung. Wir sehen es durchaus für notwendig, dass die Umsetzung des Artikels 67a der Bundesverfassung, eben diese gesetzliche Verankerung, stattfinden soll. Deswegen beantragen wir die Zweitüberweisung als Motion und die Frist möchten wir auf zwei Jahre setzen, weil wir denken, dass die Dringlichkeit durchaus gegeben ist. In diesem Sinne freue ich mich auf die Unterstützung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny von der FDP.

David Jenny (FDP): Im Sinne der Zeitersparnis hat eine Kollegin aus der SVP-Fraktion, deren Vorname gleich geschrieben ist wie mein Nachname, mich gebeten, auch für sie zu sprechen.

Die Überweisung ist ja unbestritten. Wir halten an der üblichen Frist von vier Jahren fest. Es ist auch ein bisschen komisch im Motionstext selber wurde die Frist von zwei Jahren nicht erwähnt, und die gesetzliche Frist ist ja vier Jahre, die nun gekürzt wurde. Ich glaube, der Regierungsrat hat gut dargelegt, dass es Sinn macht, dies im Zuge der Totalrevision des Bildungsgesetzes zu behandeln und das nicht irgendwie unkoordiniert vorzuziehen. Vielleicht geht das ja schneller als vier Jahre, da hoffen alle darauf, aber diese künstliche Abtrennung wollen wir nicht und daher bitten wir Sie, bei vier Jahren zu verbleiben. Die inhaltlichen Anliegen sind ja unbestritten. Dann haben wir lieber gut und koordiniert eine Lösung als rasch und unkoordiniert.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit stimmen wir darüber ab, wie die Motion weiterbearbeitet wird, entweder mit einer Frist von zwei Jahren gemäss dem Antrag von Johannes Sieber oder vier Jahren.

Abstimmung

Ja bedeutet eine Frist von 2 Jahren nein heisst die Frist von 4 Jahren.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 23 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004645, 23.10.24 16:46:35]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich mit 72 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen für eine Überweisung mit einer Frist von zwei Jahren entschieden.



43. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR

[23.10.24 16:46:50, 22.5123.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Regierung hat diesen Anzug zum Anlass genommen, um einerseits darüber zu berichten, welche Überlegungen hinter der heutigen und künftigen Beleuchtung, also hinter dem System stehen. Es ist vielleicht noch wichtig zu wissen, dass der Lied bei der öffentlichen Beleuchtung bei der IWB, also beim WSU liegt, in Absprache natürlich mit der Verkehrspolizei, die die konkrete Situation prüft und mit meinem Departement.

Wir haben den Anzug aber auch zum Anlass genommen, um ganz konkret zu den genannten Strassen zu berichten. Wir haben uns die genannten Strecken angeschaut mit externer Unterstützung und Sie haben die detaillierten Resultate hier vorliegen. Wo wir Schwachstellen identifiziert haben, haben wir Verbesserungen vorgenommen oder wir werden diese noch umsetzen. Die Umrüstung auf LED ist ein weiterer grosser Schritt.

Bei einigen Stellen wie beispielsweise bei den Langen Erlen stellen sich Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Naturschutz. Auch da finden Sie Details im Bericht und ich hoffe, dass der Regierungsrat Ihnen mit diesem Bericht nachvollziehbar darlegen konnte, was schon verbessert wurde und was auch noch geplant wird, und ich bitte Sie, mit dieser Berichterstattung den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erste eingetragen hat sich Annina von Falkenstein von der LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank an den Regierungsrat für die Berichterstattung zum vorliegenden Anzug. Offenbar besteht Handlungsbedarf in Sachen Beleuchtung von Velorouten und Wegen, was die vielen Erwähnungen über bereits laufende Massnahmen unterstreichen. Dass die Situation rund um die Sicht aufgrund der Beleuchtung noch nicht so gut ist, wie es in einer velofreundlichen Stadt sein sollte, so weit gehen der Regierungsrat und ich einig. Uneinigkeit besteht jedoch zum weiteren Vorgehen, denn ich beantrage Ihnen, diesen Vorstoss stehen zu lassen, während der Regierungsrat diesen abschreiben will.

Zu den Gründen: Für viele Teilbereiche, die in der Stellungnahme erwähnt sind, werden weitere Handlungsschritte angekündigt. Ein paar Beispiele, zitiert aus dem Schreiben des Regierungsrats:

Die Gemeinde Riehen prüft deshalb die gleichzeitige Markierung einer Randlinie. Die Stadtgärtnerei prüft, ob ein Rückschnitt der Bäume möglich ist, um die Situation zu verbessern. In einem Testversuch soll geprüft werden, ob die Führung der Velofahrenden durch den stellenweisen Einsatz von Leitpfosten mit Reflektoren verbessert werden kann. Weitere Massnahmen werden noch geprüft. Darüber hinaus sind Verbesserungen im Rahmen laufender Planungen vorgesehen beziehungsweise werden mit der Umrüstung auf LED geprüft.

Finden Sie wirklich, dass Abschreiben unter diesen Umständen ein guter Vorschlag ist? Macht es nicht mehr Sinn, das Thema in der hier vorliegenden Kompaktheit weiter zu behandeln, statt womöglich über die weiteren Monate einzelne schriftliche Anfragen oder Interpellationen zu erhalten?

Ich bedaure es sehr, dass der Regierungsrat sehr oft zum Abschreiben tendiert, wenn die Arbeit des verantwortlichen Departements noch nicht im Rahmen der parlamentarischen Forderung erledigt wurde. Und dies zählt nicht nur für das BVD, sondern für alle Departemente. Ein weiteres Argument, um den Anzug stehen zu lassen, ist der anstehende Wechsel auf LED. Ich bin sicher, dass dies gewissenhaft umgesetzt wird, wie wir aber alle wissen, ist es oft erst der Erfahrungsbericht nach Installation und das entsprechende Ausmerzen von Kinderkrankheiten, die die Umsetzung optimieren und wirklich wirkungsvoll machen. Warum also nicht stehen lassen und nach Installation der LED leuchten nochmals berichten?

Einleitend wird erwähnt, dass dieses Thema in die Schnittstelle von BVD, WSU und JSD fällt. Falls der Wunsch des Regierungsrats, dieses Geschäft abzuschreiben, mit dieser Schnittstellenausgangslage zu tun hat, wäre das sehr schade. Ich bitte entsprechend den Regierungsrat darum, in Zukunft die Perspektive des Parlaments einzunehmen und weg vom «Gerade etwa gut genug-Abschreibemodus» zu kommen. Und Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitte ich, diesen Vorstoss stehen zu lassen.



Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser von der SP.

Daniel Sägesser (SP): Ich muss mich vielleicht schon jetzt ein bisschen entschuldigen, wenn das heutige Votum etwas unsortiert daherkommt. Das Geschäft ist seit etwa einem halben Jahr auf unserer Traktandenliste und ich habe mir immer vorgenommen, wenn es dann kommt, bereite ich dann noch etwas vor. Jetzt hatte ich seit dem Sonntag aus irgendeinem Grund ein bisschen etwas anderes im Kopf. Sie mögen es mir verzeihen.

Aber eigentlich müsste ich auch gar nicht gross sprechen, weil Annina von Falkenstein hat eigentlich schon alles gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich finde es geradezu ein bisschen unanständig, wenn wir in diesem Parlament einen Anzug prüfen und berichten mit 70 zu 11 an den Regierungsrat überweisen und wenn die zwei Jahre dann abgelaufen sind, dann kommt eine Anzugsbeantwortung und dort steht dann fünf Mal, dass man Sachen prüfen wolle, wie wir eben gehört haben, zum Beispiel, dass man prüfen wolle, ob man Bäume zurückschneiden kann. Also da wäre jetzt mein spontaner Vorschlag, schnappen Sie sich jemanden von der Stadtgärtnerei und gehen Sie schauen, ob man diese Bäume zurückschneiden kann und dann geben Sie uns Bericht.

Ich glaube, Sie merken es. Es macht keinen Sinn, einen solchen Anzug zum jetzigen Zeitpunkt abzuschreiben. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag von Annina von Falkenstein, den Anzug stehen zu lassen, zu folgen, auch im Namen der SP-Fraktion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprechender ist Lukas Bollack von der GLP.

Lukas Bollack (GLP): Ich kann mich auch kurz halten und will nur rasch erklären, warum wir Grünliberalen ebenfalls den Anzug stehenlassen wollen. Es sind eigentlich dieselben Gründe, die schon genannt wurden. In der Antwort der Regierung wurde auf mehreren Strecken Verbesserungen angekündigt und es wurde darauf verwiesen, dass im Zuge der Umstellung auf LED vielerorts Verbesserungen sich einstellen würden und wir finden einfach sinnvoll, den Anzug stehen zu lassen, damit über den Fortschritt berichtet werden kann.

Entgegen der Antwort der Regierung finden wir zudem, dass smarte Beleuchtungssysteme mindestens einen Pilotversuch verdient hätten. Die grundlegende ablehnende Haltung der IWB können wir da nicht nachvollziehen. Wir werden deshalb für Stehenlassen stimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin ist Anina Ineichen für das GAB.

Anina Ineichen (GAB): Eine gute Veloinfrastruktur ist in unser aller Sinn. Ich denke, hier hätten wir einen guten Vorschlag. Gerade smarte Beleuchtung wäre eigentlich etwas Spannendes und Prüfwertes, doch das ist ja gar nicht vorgesehen. Es gibt noch ganz viele Punkte, die nur vorgesehen sind, aber noch nicht erledigt sind. All dies erachten auch wir nicht als Basis für ein Abschreiben und wir bitten Sie darum, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Die Kreuztabelle zeigt auf, es bringt nichts, aber ich will einfach kurz aufzeigen, weshalb wir für Abschreiben sind.

Die Beantwortung des Regierungsrates ist hier, für uns wenigstens, in diesem Fall nachvollziehbar und zeigt auf, dass es sehr wenige Zonen gibt, bei welchen die Velowege nicht genügend ausgeleuchtet sind. Die festgestellten Mängel wurden aufgenommen, werden in Kürze behoben oder sind es bereits. Wenn ich im Anzug aber lese, dass ältere Menschen Probleme mit dem Nachtsehen haben, dann erschliesst es sich mir nicht, weshalb man dann mit dem Velo unterwegs ist. Man gefährdet dabei nicht nur sich selbst, sondern auch Drittpersonen. Dasselbe gilt im Übrigen für alle für die Verkehrsteilnehmende. Also wäre hier wohl die Nutzung des ÖV besser. Dass bei Nässe und Nebel die Bedingungen nicht vorteilhaft sind, ist auch bekannt, und es haben sich auch hier alle Verkehrsteilnehmenden, alle, also auch Velofahrende, den Gegebenheiten anzupassen.

Niemand hier will unsichere Velowege, und einmal mehr stehen auch Bäume teilweise der Beleuchtung im Weg. Ich frage mich einfach, weshalb man dann mit dem Velo nicht etwas langsamer fahren kann. Bäume sollten nicht wegen einem



Veloweg gefällt werden müssen. Zudem haben die allermeisten Velos heute eine Flutlichtbeleuchtung, welche extrem hell ist und die Fahrbahn weit voraus und auch in der Breite voll ausleuchtet.

Wenn Sie nun auch noch die Langen Erlen, in welcher sehr viele, zum Teil geschützte Tierarten zu Hause sind, ausleuchten wollen und mit Lichtern versehen, welche ähnlich einer Lichtorgel an- und ausgehen, wenn Velofahrende vorbeifahren, dann muss ich mich schon fragen, ob sich die Unterzeichnenden bewusst waren, was das für die dortigen Tiere bedeutet.

Ich ersuche die Sie deshalb im Namen der SVP, diesen Anzug abzuschreiben und damit dem Regierungsrat zu folgen, welcher die Behebung der notwendigen Schritte, welche es im Kleinen gegeben hat oder noch gibt, bereits in Auftrag gegeben hat.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Aber es gibt eine Zwischenfrage. Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Wissen Sie, dass Farbenblinde gerade besonders darauf angewiesen sind auf die Helligkeit? Wir wollen für Farbenblinde Helligkeit haben, die sind darauf angewiesen. Sie haben gesagt, sie sollen nachts nicht Velo fahren, aber wenn es hell ist, fahren sie sicher Velo.

Felix Wehrli (SVP): Also gut, man kann die ganze Stadt ausleuchten mit Flutleuchten, dass alle 24 Stunden fahren können, aber dann gibt es solche, die sich dann wegen der Lichtverschmutzung ärgern.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich wollte nur kurz sagen, dass ich das gerne mitnehme bezüglich dem Stehenlassen und dass ich das Bedürfnis auch verstehe. Es ist tatsächlich eine Diskussion, die wir im Regierungsrat häufiger führen und die Abwägung ist häufig, wie gross ist jetzt das Informationsbedürfnis noch? Haben wir einen grossen Teil der Fragen beantwortet, handelt es sich um kleinere Massnahmen? Dies übrigens auch, um die Traktandenliste zu entlasten, denn Sie sehen eben, was passiert, wenn über ganz viele Anzüge immer wieder berichtet wird.

Ich bin überzeugt, jetzt, in dem halben Jahr, seit dieser Bericht traktandiert ist aber nicht besprochen wurde, haben sich schon wieder neue Dinge ereignet. Deshalb gibt es in der Regierung auch immer ein Abwägen und ich denke, das wird uns bei den nächsten Vorstössen, die wir jetzt behandeln, gerade zum Thema Begrünung, noch begegnen, weil es zum Teil halt auch mehrere Vorstösse zum gleichen Thema gibt und dann doppelte und dreifache Berichterstattung.

Aber ich nehme das gerne mit, diesen Wunsch, der Antrag der Regierung lautet aber nach wie vor auf Abschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004651, 23.10.24 16:59:47]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 80 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen stehengelassen.



44. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:04, 21.5509.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

45. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend 'Trees in Cities Challenge' – Noch mehr Bäume für Basel, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:23, 22.5085.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

46. Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:50, 22.5158.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir behandeln heute gerade mehrere Anzüge und Motionen, die sich mit demselben Ziel befassen, nämlich mit einer stärkeren Begrünung. Der Regierungsrat hat das sehr gerne zum Anlass genommen, um darüber zu berichten, was aktuell alles am Tun ist. Und das ist nämlich sehr viel. Das Stadtklimakonzept, das wir 2021 verabschiedet haben und das seither gilt, wirkt auf mehreren Ebenen, nämlich kurz-, mittel- und langfristig und es wirkt auch auf verschiedene Player, also einerseits natürlich auf die Verwaltung selbst, aber auch auf Private und Unternehmen.

Bei diesem Anzug geht es ganz konkret um Bäume respektive um Bäume im öffentlichen Raum. Hier gibt es insofern ein Missverständnis, als es offensichtlich die Annahme hinter dem Anzug ist, dass öffentliche Bäume dem Baumschutzgesetz nicht unterliegen würden und es keine Ersatzpflanzungen bräuchte. Dem ist aber nicht so. Wenn wir öffentliche Plätze oder Strassen planen, müssen wir die Bäume, die wir nicht erhalten können, sei es aufgrund der Bauarbeiten oder aufgrund der Lage in der Strasse oder der Gleise danach, ersetzen. Wir listen das jeweils auch in den Ratschlägen an den Grossen Rat auf und Sie wissen es, gerade in jüngster Zeit gibt es auch immer wieder Anlass zu Diskussionen. Sie haben also Auskunft über diese Bäume und die Ersatzpflanzungen.



Wir machen Überfliegungen der Stadt, um auch Kenngrössen zur Baumkronenbedeckung zu haben, die so genannten LiDAR-Messungen und diese ermöglicht uns zu sehen, ob sich die Baumbilanz verbessert hat. Und das ist der Fall. Ein Vergleich zwischen 2012 und 2021 zeigt, dass die Baumkronenbedeckung zugenommen hat, dies übrigens im Gegensatz zur Stadt Zürich, wo der private Baumbestand zurückgeht, weil es eben kein solches Baumschutzgesetz gibt.

Ein wichtiges Augenmerk für uns insbesondere für die Stadtgärtnerei liegt darauf, die Bedingungen für die Bäume zu verbessern. Sie wissen, dass aufgrund des Klimawandels gerade Stadtbäume zu kämpfen haben mit Trockenheit oder umgekehrt mit Stürmen und Starkregenfällen, und deshalb verbessern wir laufend die Standortbedingungen, indem wir Baumrabbatten vergrössern, mit Substraten experimentieren damit diese das Wasser besser speichern können und natürlich auch Schwammstadt-Projekte umsetzen.

Auch an einem weiteren Punkt sind wir intensiv daran, nämlich an der Erarbeitung eines Förderprogramms für Private. Und auch das ist ja Gegenstand dieses Anzugs und zwar sowohl beispielsweise für Fassaden, Begrünungen wie auch für Baumpflanzungen oder sonstige Begrünungen. Der Ratschlag dazu wird bald folgen.

Sie sehen, wir sind an vielem daran und werden im Rahmen des Stadtklimakonzepts auch wieder darüber berichten und im Rahmen von anderen Vorstössen, deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zum ersten Fraktionssprechenden, für das GAB hat Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Ich habe einfach das Votum von Annina von Falkenstein aufgenommen und lasse es kurz auf meinem Handy laufen, denn es geht ja um das gleiche. Nein, natürlich nicht! Aber wie schon gesagt wurde, es leider wieder einmal so ein Anzug, der während zwei Jahren in einer Schublade verschwunden ist und wieder auftaucht. Wir würden Sie bitten, diesen noch einmal stehen zu lassen.

Sie haben einiges gesagt, was Sie machen und machen werden, also beispielsweise dieses Förderprogramm für Private und dass Sie demnächst einen Ratschlag vorlegen werden. Das ist zu begrüssen. Normalerweise wird ein Anzug dann abgeschrieben, wenn der konkrete Ratschlag da ist. Wir wissen nicht, wie dieses Förderprogramm aussieht, und ich es macht eigentlich keinen Sinn, diesen Anzug abzuschreiben, bevor nicht definitiv vorliegt, was Sie genau planen. Denn aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein Probleme oder vielmehr vielleicht ein Desiderat vieler Menschen in dieser Stadt, auch von Privaten, wie es die vielen von Privaten lancierten Initiativen zeigen, dass die Begrünung auch im privaten Raum vorangetrieben wird.

Ich staune, wenn immer wieder der Alleenplan von 1980 vorgebracht wird, wenn beispielsweise die Bruderholzstrasse frisch saniert wird, sind im Alleenplan dort ganz viele Bäume eingetragen, aber auch über 40 Jahre später steht meines Wissens kein einziger Baum irgendwo in der Bruderholzstrasse. Und ich bin auch ein bisschen enttäuscht, dass diese Möglichkeit, darzulegen, wie das mit der Begrünung im öffentlichen Raum weitergehen soll, mit Verweis auf anderes einfach so abgegeben handelt.

Das Grünalternative Bündnis und die SP, für die ich auch sprechen darf, bitten Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprechender ist Pascal Messerli von der SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP war schon immer eine umweltfreundliche Partei und hat sich für Grünflächen und für Bäume eingesetzt, sei das in Riehen, in Freizeitgartenarealen oder auch in der Stadt – Stichwort Innere Margarethenstrasse. Hier wollen wir auch unseren Beitrag weiter leisten und auch ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen. Wir können in den meisten Punkten die Ausführung des Regierungsrates nachvollziehen. Es benötigt auch aus unserer Sicht nicht noch ein weiteres Konzept neben dem Alleenplan, aber man kann selbstverständlich diesen Alleenplan nochmals prüfen und aktualisieren und sicherlich schauen, ob dieser auch das geeignete Instrument und das geeignete Konzept in diesem Bereich ist.

Für die SVP-Fraktion ist es auch sehr wichtig, dass wir die Transformationsareale langfristig auch als Grünfläche und auch für mehr Bäume nützen. Dort haben wir sehr grosses Potenzial und dort gibt es auch keine Platzknappheit, es geht auch nicht auf Kosten von Parkplätzen wie beispielsweise in gewissen Strassen, die vielleicht etwas enger sind.

Hinsichtlich der letzten Frage kündigt der Regierungsrat an, dass weitere Förderprogramme in Bearbeitung sind und da möchten wir diesen Anzug schon auch aufrechterhalten. Oliver Thommen hat das gesagt. Es ist uns von der SVP-Fraktion sehr wichtig, dass wir diese Idee der freiwilligen Privatinitiative in diese zukünftige Planung einfliessen lassen, anders als es sonst in der Klimapolitik häufig der Fall ist, welche auf Bevormundung, Verbote oder höhere Abgaben beruht. Hier wollen wir diese freiwillige Privatinitiative fördern. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn wir diesen Anzug stehenlassen und der



Regierungsrat dann in der Anzugsbeantwortung oder in diesem neuen Ratschlag, den er heute angekündigt hat, über dieses Förderprogramm berichten kann. Und wenn wir dann zufrieden sind mit diesem Förderungsprogramm, können wir den Anzug abschreiben. Aber heute bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen noch einmal stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrates, NEIN heisst stehenlassen gemäss Oliver Thommen

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0004664, 23.10.24 17:09:43*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug stehengelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

47. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:09:58, 23.5649.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das Inventar der schützenswerten Bauten ist ein Verzeichnis derjenigen Gebäude, die für den Kanton von besonderem kulturellen Wert sind. Die kantonale Denkmalpflege hat den gesetzlichen Auftrag, dieses Inventar zu erstellen und zu aktualisieren. Es hat lediglich Informationszweck. Es soll signalisieren, dass eine Liegenschaft möglicherweise schützenswert ist und dass dies bei einem allfälligen Baubeglehen geprüft werden muss. Die Inventarisierung hat also keine unmittelbare Rechtswirkung und ist auch keine Verfügung.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern nun, dass die Eigentümer der Gebäude einbezogen werden in diesen Prozess. Dies wäre selbstverständlich richtig und wichtig, wenn die Inventarisierung eine unmittelbare Rechtswirkung hätte. Das ist aber eben nicht der Fall, sie ist lediglich ein Informationsinstrument. Sie ist eine Vororientierung über einen potenziellen Sachverhalt und sie ist gemäss Appellationsgerichtsurteil, wie ich gesagt habe, auch keine Verfügung.

Was passiert, wenn man diese Motion umsetzen würde? Heute hat der oder die Hausbesitzende die Möglichkeit, nach Inventaraufnahme die Denkmalpflege aufzufordern, die Schutzwürdigkeit zu überprüfen. Sie muss das jedoch nicht tun. Ich persönlich würde es nicht tun, sondern erst dann, wenn ich etwas umbauen möchte, denn neben der Schutzwürdigkeit untersucht die Denkmalpflege auch die Schutzfähigkeit, also ob ein Gebäude noch genügend intakt ist und genügend Originalteile beispielsweise aufweist, dass der Erhalt sinnvoll ist. Möglicherweise wird das in zehn Jahren anders eingeschätzt als heute. Deshalb macht eine frühzeitige Abklärung nicht unbedingt Sinn.

Falls dem so wäre, dass ein Gebäude als schutzwürdig und schutzfähig beurteilt würde, dann kann man den Rechtsweg beschreiten. Ich persönlich bin als Hauseigentümerin froh, dass es diese frühe Information über die Inventarisierung eben gibt, die noch nicht verbindlich ist, sondern eine Art Information, dass es diese Schutzwürdigkeit möglicherweise gibt. Mein Rechtsweg ist nach wie vor gesichert, falls ich das Haus umbauen möchte, kann ich dann das abklären.



Sowohl für die Hauseigentümer wie auch für den Kanton wäre der rechtsstaatliche Einbezug in dieser frühen Phase ein unverhältnismässiger und nicht sinnvoller Aufwand, denn wie gesagt, bis Sie dann ein konkretes Bauprojekt zehn Jahre später oder so planen könnte, die Ausgangslage eine ganz andere sein. Last but not least ist vielleicht wichtig zu wissen, dass die Inventarisierung in Basel bis Ende des Jahres fast vollständig abgeschlossen ist. Auch in diesem Licht scheint die Motion nicht sinnvoll.

Was wir aber gerne mitnehmen, was wir auch sehen und lesen aus dieser Motion ist, dass das Informationsbedürfnis bezüglich diesem Inventarisationsverfahren gross ist und wir werden besser informieren, was dies anbelangt, beispielsweise auch über eine Infoveranstaltung, damit man sich eben der Bedeutung aber auch der Nichtbedeutung dieses Instruments bewusst ist. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erstes eingetragen hat sich Daniel Albietz für die Mitte/EVP.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Wie Sie meiner Motion nehmen können, zielt sie auf eine Gesetzesänderung respektive Ergänzung ab, weshalb ich mich samt meiner Fraktion und auch weiteren Fraktionen, insbesondere rede ich hier auch für die FDP-Fraktion, für die Zweitüberweisung als Motion ausspreche und dies auch beantrage.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme unter anderem, die Aufnahme einer Liegenschaft ins Inventar ist keine eigentümergebundene Unterschutzstellung, sondern lediglich eine Denkmalvermutung. Das heisst, sie hat für die Eigentümerschaft keine Verpflichtungen zur Folge. Mit Verlaub, aber das ist eine formalistische und spitzfindige Argumentation. Formell hat die Eintragung zwar keine direkten Verpflichtungen zur Folge, das trifft zu wohl aber hat sie unmittelbare und nicht unerhebliche Konsequenzen.

Auch trifft die Behauptung der Regierung nicht zu, dass der Inventareintrag nur deklaratorisch sei und keine Auswirkungen zeitige. Ab Eintragung redet die Denkmalpflege bei jeder baulichen Veränderung rein und sei dies nur ein Fensterersatz. Weiter droht mit jedem Baugesuch das Verfahren auf Eintragung ins Denkmalverzeichnis.

Immobilienfachleute bestätigen zudem, dass die Inventarisierung zu einer Verminderung des Liegenschaftswerts führt, also einen direkten Eingriff in die Eigentumsrechte darstellt. Die Reduktion des Liegenschaftswerts kommt einer partiellen Enteignung gleich. Für Eingriffe ins Eigentum stellt der Staat in der Regel nicht nur ein Anhörungsrecht, sondern einen Rechtsmittelweg mit der Expropriationskommission eine eigene Instanz und mit dem Verwaltungsgericht eine gerichtliche Instanz zur Verfügung. Bei der Inventarisierung findet nicht mal zwingend eine Anhörung statt. Es geht nur um das rechtliche Gehör. Da reicht ein vor formlose Schreiben per B-Post und das erachte ich als rechtsstaatlich ungenügend und problematisch.

Mit dem auch schon gehörten fragwürdigen Argument der staatlichen Effizienz oder angeblicher Bürokratie müssten wir sämtliche Rechtsmittelwege straffen oder ganz abschaffen, was den Rechtsstaat grundsätzlich in Frage stellen würde. Daher spreche ich mich nach wie vor dezidiert dafür aus, dass die Eintragung nicht mehr einseitig und formlos erfolgen darf, sondern dass die Eigentümerschaft im Vorfeld auf geeignete Weise angehört werden muss.

Nun, es schaut gemäss Kreuztabelle nach einer Überweisung als Anzug aus. Ich bitte daher die Grünliberale Fraktion, welche das Eigentumsrecht sonst in der Regel noch hochhält, ihre Haltung mit Verweis auf die vorherige Argumentation zu überdenken und doch auf eine Weiterbehandlung als Motion umzuschwenken. Sollte es beim Anzug bleiben, wäre ich zufrieden, dass das Anliegen zumindest auf diese Weise deponiert ist, erwarte aber von den zuständigen Personen in Regierung und Verwaltung, dass das Anliegen mit dem nötigen Gewicht weiterbearbeitet und umgesetzt wird.

Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zur Praxis der Inventarisierung überhaupt. Hier scheint mir eine Strategie des Regierungsrats oder des zuständigen Amtes zu fehlen, welche Gebiete und Liegenschaften jeweils inventarisiert werden. Ich erinnere als Beispiel an das Gemeindehaus in Riehen, das lange nicht auf dem Radar der Denkmalschützer und Inventarisierer stand, und erst als der Gemeinderat überhaupt auch nur die Überlegung anstellte, das Gemeindehaus möglicherweise ganz oder teilweise abzubauen, um einen Neubau am betreffenden Ort zu ermöglichen, war plötzlich die Inventarisierung zur Stelle und das Gebäude wurde am Ende inventarisiert. Auch so wird manchmal Politik gemacht. Ich wünschte mir aber eine klare, stringente Strategie und auch eine berechenbare Strategie der Denkmalpflege bei der Inventarisierung. Das möchte ich einfach noch deponieren.

Besten Dank, wenn Sie dem Antrag auf Weiterbehandlung als Motion folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin ist Salome Bessenich für die SP.



Salome Bessenich (SP): Die SP-Fraktion ist klar gegen eine Überweisung dieses Vorstosses als Motion und ich darf an dieser Stelle auch für das GAB sprechen. Eine Überweisung als Anzug hingegen unterstützen wir, da wir eine Anpassung der Kommunikations- und Informationsmassnahmen im Rahmen des Inventarisierungsverfahrens für sinnvoll und für fair erachten. Das ist ja hier gefordert, Fairness. Die Argumente gegen eine Überweisung als Motion bleiben dieselben, wie ich sie bereits bei der Erstüberweisung im Februar hier kundgetan habe und die auch soeben von Regierungsrätin Esther Keller dargelegt wurden.

Die in Inventarisierung ist eine Triage, die primär eben einer Beschleunigung der Prozesse dient. Davon profitieren insbesondere auch die Eigentümerschaften der knapp 90 Prozent Gebäude, die nicht im Inventar sind. Ein Eintrag ist eine Denkmalvermutung, das haben auch Sie bestätigt. Sie hat Informationscharakter und die Interessensabwägung, das hat Regierungsrätin Esther Keller gut dargelegt, kann eben erst dann sinnvoll erfolgen, wenn ein konkretes Bauvorhaben vorliegt. Ob nämlich die Fenster ersetzt oder ein Haus abgerissen wird, das ist eben eine andere Abwägung und es ist auch hier im Interesse der Hauseigentümerschaften, dass Gebäude nicht auf Vorrat unter Schutz gestellt werden müssen, sondern die Situation bei einem konkreten Vorhaben geprüft wird.

Zudem gibt es ja schon heute die Option eines rechtsstaatlichen Einbezugs, indem nämlich die Prüfung der Schutzwürdigkeit bei einer Inventarisierung eingefordert wird. Und wird diese dann festgestellt, dann gibt es die Möglichkeit, diese Verfügung anzufechten. Ob das im Interesse der Eigentümerschaft ist oder nicht, das bleibt hier dahingestellt.

Hinzu kommt, was Regierungsrätin Esther Keller ebenfalls erwähnte, dass die Inventarisierung aktuell im Kanton Basel-Stadt zu 95 Prozent abgeschlossen ist und somit erst in 20 bis 30 Jahren wieder überprüft wird. Das Gesetz beziehungsweise die Verordnung jetzt anzupassen, wäre also wenig zielführend. Was wir hingegen sehr begrüssen, ist, dass der Regierungsrat die Kommunikation überarbeiten und die betroffenen Eigentümerschaften besser informieren und deren Fragen auch abholen will. Darum unterstützen wir die Überweisung als Anzug.

Ich danke Ihnen im Namen der SP und des GAB, wenn Sie uns so folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Weiterbehandlung als Anzug nein heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004666, 23.10.24 17:21:46]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich mit 53 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dafür entschieden, das Geschäft als Anzug weiter zu behandeln.

48. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:22:01, 19.5446.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. Juni 2025 zu erstrecken.



Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist bis 30. Juni 2025 zu erstrecken

49. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmassnahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR

[23.10.24 17:22:32, 18.5200.04]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

50. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR"

[23.10.24 17:22:53, 22.5221.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie wünscht es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Idee an sich ist nicht neu. Schon 2016 hat der Regierungsrat zu einem ähnlichen Anliegen Stellung genommen und es insbesondere mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis verworfen. Der Regierungsrat hat den Anzug zum Anlass genommen, die damaligen Feststellungen nochmals zu überprüfen und wir kommen zu folgenden Schlüssen:

Eine der Ausgangslagen hat sich im Vergleich zu damals verbessert. Die Antriebstechnologie des Schiffes wäre mit erneuerbarer Energie und damit gesetzeskonform umsetzbar, nämlich mit einem Wasserstoffbatterie-Hybrid-System. Drei gewichtige Argumente sprechen jedoch nach wie vor gegen ein solches Projekt. Die Kosten für die Anschaffung der Schiffe wären sehr hoch. Auch müssten die Zugänge zu den Schiffen behindertengerecht ausgestaltet, sicherlich angepasst werden, was einiges an weiteren Kosten auslösen würde. Die Betriebskosten fielen höher aus als in der damaligen Studie von 2014 und das Potenzial für neue ÖV-Nutzende hingegen scheint uns als nicht besonders hoch. Primär würde es wohl Umsteiger geben, die Menschen, die heute mit dem Tram und Bus unterwegs sind, würden dann vielleicht das Schiff nehmen. Und dies wiederum würde die Effizienz des ÖV-Netzes verringern.

Sie sehen am aktuellen Budget für den öffentlichen Verkehr, dass wir mit steigenden Kosten zu kämpfen haben und das bereitet dem Regierungsrat Sorgen. Es ist wichtig, dass wir unsere finanziellen Ressourcen deshalb in möglichst wirkungsvolle Systeme einsetzen, dies auch mit Blick auf den Klimaschutz. Deshalb darf ich Sie darum bitten, diesen Abzug abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen habe ich Michael Hug für die LDP.

Michael Hug (LDP): Nach Konsultation der Kreuztabelle und einigen Gesprächen habe ich das Gefühl, dass viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorteile eines Tramschiffsverkehrs nicht verstanden haben oder den Vorstoss voreilig in die Kiste der Fasnachtssujets gelegt haben. Ich konnte mir in den letzten Jahren etliche lustige Sprüche anhören, zum Beispiel mit dem Cornetto auf dem Aporetto oder Vaporetto Mike usw. Gerne möchte ich dennoch euch alle dringend dazu



ermutigen, den Anzug betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tramschiffsverkehrs auf dem Rhein stehen zu lassen und keinesfalls aufzuschreiben.

Kürzlich wurde bekannt, dass weder der geplante Tramlinienausbau noch der S-Bahnausbau in einer absehbaren Frist realisiert werden kann, falls überhaupt. Dazu fallen bei der Erstellung sehr hohe Kosten an. Der Rhein als Schiene ist jedoch bereits gebaut. Eine Nutzung kann relativ umgehend erfolgen, Netto Null, wie wir gehört haben, und erst noch relativ günstig im Verhältnis. Viele neue Wohn- und Arbeitsflächen sind in der Nähe des Rheins geplant. So sollen Areale beim Hafen, dem Klybeck, in Birsfelden oder im grenznahen Huningue transformiert werden. Der Rhein bietet eine ideale Verbindung zwischen grossen Arbeitsstätten wie der Roche oder Novartis und dem Stadtzentrum. Ein Linienschiffsverkehr auf dem Rhein ist ein günstiges Mittel, um all diese Stationen miteinander zu verbinden und gleichzeitig die wachsenden Pendlerströme aus dem Elsass vom Auto auf den ÖV zu bringen, was ein Ziel aller hier Anwesenden ist, da bin ich ziemlich überzeugt. Dazu muss nicht zuerst ein Tram gebaut wird.

In ihrer Beantwortung zeigt die Regierung auf, dass der Betrieb mit einem Zero-Emissionsschiff möglich wäre. Sie sieht jedoch die mangelnde Wirtschaftlichkeit, die Konkurrenz zu Tram und Bus und die erhöhte Rheinnutzung als Argument, den Anzug abzuschreiben. Aber auf den im Vorstoss geforderten Pilotversuch geht die Regierung nicht ein, was sehr bedauerlich ist.

Vor diesem Hintergrund soll der Anzug unbedingt stehengelassen werden. Nur mit einem Pilotversuch kann die effektive Nachfrage und das Potenzial eines solchen Verkehrsträger beurteilt werden. Der Linienschiffsbetrieb steht nicht als Konkurrenz zu Tram und Bus, sondern als sinnvolle Ergänzung. Ein gewichtiger Vorteil besteht darin, dass keine neuen Strassen oder Schienen gebaut und unterhalten werden müssen. Falls der Pilotversuch funktioniert, soll das Projekt in das nächste Agglomerationsprogramm gebracht werden. Bereits im Aggloprogramm 2 wurde ein solcher Linienschiffsverkehr durch den Bund auf die Liste gesetzt. Damit liesse sich ein Teil der Infrastruktur finanzieren. Einen anderen Teil könnte beispielsweise über das Programm Interreg oder den Mobilitätsfonds finanziert werden.

Alle, die den ÖV stärken wollen, insbesondere für den Pendlerverkehr aus dem Elsass von Birsfelden und neu vom Klybeck müssten eigentlich für dieses Projekt sein. Ausserdem würde ein touristischer Mehrwert entstehen. Ich beantrage ein Stehenlassen mit dem Auftrag, einen Pilotversuch durchzuführen. Dieser wurde in der Stellungnahme nicht einmal erwähnt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zum nächsten Fraktionssprechenden Jérôme Thiriet vom GAB.

Jérôme Thiriet (GAB): Michael Hug hat tatsächlich auch von mir schon einen Spruch hören müssen. Er hat schon viel zu seinen Vaporetti gesagt. Auch wir vom Grünalternativen Bündnis sind daran interessiert, den Anzug stehenzulassen, vor allem auch weil wir ja jetzt sehr viele Argumente gehört haben, dass es machbar ist, den Rhein auch als ÖV-Achse zu nutzen. Wir sehen es auch nicht als Konkurrenz zu den bestehenden ÖV-Angeboten auf der Tramschiene oder im Bus. Uns würde es wirklich auch wundernehmen, ob das funktionieren kann, ob die Nachfrage da ist. Da kann mit der Einschätzung des Regierungsrats einig sein, es ist nicht ganz klar, ob das wirklich genutzt wird oder nicht. Es ist für uns aber auch störend, dass man die Forderung nach einem Pilotbetrieb gar nicht aufnimmt, sondern einfach mal die Kosten und die Machbarkeit abgeschätzt hat. Das wissen wir jetzt, aber wie die Auslastung oder die Nachfrage effektiv sein wird, wissen wir nicht. Michael Hug hat es auch gesagt, in der Stadtentwicklung geht einiges. Vielleicht ist dann bald einmal effektiv viel Wohnraum am Rhein, im Klybeck da, und wir sind dann vielleicht froh, den Fluss können als Verkehrsachse nutzen zu können.

Deshalb wären wir vom GAB froh, wenn der Anzug stehengelassen würde und der Regierungsratskons einen Vorschlag macht, wie ein Pilotprojekt aussehen könnte, um die effektive Nachfrage abschätzen zu können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Jetzt bin ich etwas diejenige, die die Party verdirbt. Ich finde wirklich, dass wir uns nicht wirklich glaubwürdig machen, wenn wir diesen Vorstoss stehenlassen. Ich habe jetzt vieles gehört. Der Vergleich zur S-Bahn, die nicht so schnell ausgebaut werden kann wie man möchte. Also wirklich, ein Vaporettobetrieb ersetzt jetzt wirklich keine S-Bahn in unserer Region und auch dass die Pendler:innenströme Ströme aus dem Elsass mit dem Vaporetto kämen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Trams, die ins Elsass fahren. Wir müssen dort schauen, dass wir dieses schon bestehende Netz erweitern und ausbauen und dort die Bedingungen schaffen, dass man eben ganz einfach und ganz bequem mit dem Tram pendeln kann.

Ich habe kurz noch einmal in mein Votum vom Juni 2022 geschaut und habe festgestellt, dass meine Argumente von damals sich verändert haben. Eines der wesentlichen Argumente ist ja zum Beispiel die Fliessgeschwindigkeit des Rheins. Die hat



sich nicht geändert in diesen zwei Jahren und die macht es ganz schwierig, dieses Anfahren von Haltestellen überhaupt sinnvoll zu gestalten. Dann haben wir das Rheinschwimmen, das auch nicht unbeliebter geworden ist in den letzten Jahren, im Gegenteil, sondern an Popularität immer weiter dazu gewinnt. Wir wissen alle, wie der Rhein im Sommer aussieht, wenn es warm ist. Es ist wunderbar, er ist voller Menschen, die sich dort abkühlen können und wenn wir dort eine Vaporettolinie reinpflanzen wollen, das geht doch nicht, das wissen wir alle.

Ich finde, wenn schon müsste man dazu stehen, dass es eine reine Tourismusidee ist, aber dafür haben wir ja schon die Rheintaxis. Da sehe ich auch den Mehrwert nicht. Und ich möchte einfach noch einmal daran erinnern: Sie haben sehr darauf gepocht, Michael Hug, dass es eine Erweiterung des ÖV-Angebots sein würde. Wir haben im Bereich des ÖV das Behindertengleichstellungsgesetz, das es zu respektieren gilt. Das heisst, wir müssten alle diese Haltestellen so bauen, dass man ganz eigenständig auf dieses Schiff gelangen kann. Das ist ja wirklich nicht realistisch, insbesondere wenn wir sehen, wie weit wir schon im Rückstand sind beim Umbau der bestehenden ÖV-Haltestellen in unserem Kanton.

Auch der Idee eines Pilot kann ich nichts abgewinnen, denn dann müssten wir ja diese Schiffe anschaffen, wir müssten diese Haltestellen bauen, um dann festzustellen, dass der Rhein immer noch gleich schnell fliesst und immer noch gleich viele Leute im Rhein schwimmen. Ich finde die den Gedanken schön, aber ich finde, es ist wirklich offensichtlich, dass das nicht funktioniert in unserer Stadt mit den Dimensionen, die sie hat und auf diesem Gewässer, das eben die erwähnte Fliessgeschwindigkeit hat. Deshalb sollten wir das nicht aus Prinzip einfach stehenlassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich finde es schade, dass man sich jetzt da dagegen stellt. Grundsätzlich aber die Frage: Die Personenschiffahrt muss ja auch behindertengerecht funktionieren, wieso sollte das mit dem Vaporettoschiff nicht funktionieren?

Lisa Mathys (SP): Da es bei dieser Idee ja um ein ÖV-Angebot gehen sollte, wäre die Haltestelledichte natürlich eine andere und bei Tourismusangeboten und bei ÖV-Angeboten gelten nicht ganz die gleichen Anforderungen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Michael Hug

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004670, 23.10.24 17:36:04]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 52 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen.



51. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:36:16, 19.5281.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. November 2025 zu erstrecken.

Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller, sie verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen hat sich Harald Friedl für die Fraktion GAB.

Harald Friedl (GAB): Die vorliegende Motion wurde im Juni 2020, also vor über vier Jahren zum zweiten Mal vom Grossen Rat überwiesen. In dieser Motion gibt es zwei klare Aufträge, die bisher nicht umgesetzt wurden. Vier Jahre hätte der Regierungsrat Zeit gehabt, beim ASTRA für die Forderungen zu weibeln und diese ihm vorzubringen. Die wären gewesen erstens die totale Verlagerung der Osttangente und dem Boden plus den Rückbau einzubringen und dafür auch mit dem ASTRA zusammen ein Konzept für die Teil- oder die ganze Finanzierung zu erarbeiten.

Jetzt noch vier Jahren kommt der Antrag auf eine Fristverlängerung, aber nicht etwa, um diese Forderungen dann weiterzubearbeiten, sondern abgeschwächte Anliegen des Regierungsrats umzusetzen, eines davon ist die Temporeduktion von 80 auf 60 und die zweite ist, Berechnungen anzustellen, ob es Potenzial gibt, dann die A2 teilweise rückzubauen oder Verkehrsflächen freizugeben.

Das ist eben beides nicht das, was das Parlament damals vor vier Jahren wollte und verlangte und wir sind frustriert darüber. Wir verspüren da keine Bereitschaft des Regierungsrats, den Auftrag umzusetzen, wie er in der Motion steht und dem ASTRA da entsprechend Druck aufzubauen. Ein grosser Teil der Fraktion kann daher der Fristverlängerung nicht zustimmen und ein Teil der Fraktion beantragt daher, die Fristverlängerung abzulehnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Das Geschäft ist schon ein bisschen älter, als ich hier bin, aber es ist interessant, dann müssten Sie doch jetzt für den Tunnel sein, oder?

Harald Friedl (GAB): Ja, es ist länger her, und ja, wenn man es nachliest, dann steht in der Motion eine vollständige Verlagerung der Osttangente in den Untergrund und das ist nicht das, was das ASTRA uns jetzt vorgeschlagen hat und zur Abstimmung gelangt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich mache es überhaupt nicht lange Ich schliesse mich im Grundsatz natürlich dem Votum von Harald Friedl an. Wir haben trotzdem keine Ablehnung der Fristverlängerung vorgesehen, weil es nicht Sinn macht, aber natürlich geht es uns sehr ähnlich. Wir wünschen uns ein klares Bekenntnis der Regierung dazu, dass diese Osttangente der Vergangenheit angehören soll und dass man dort wirklich den Platz schlauer nützen wird und es nicht nur mal anschaut. Aber der Fristverlängerung stimmen wir zu.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin hat sich gemeldet Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Einfach, um es nochmals zu verdeutlichen: In diesen vier Jahren, die jetzt eigentlich die Regierung Zeit gehabt hätte, diese Motion umzusetzen, zum Beispiel die Planaufgabe vorzulegen, also die Möglichkeit, mit der unsere Regierung unseren Auftrag hätte umsetzen können und die vollständige Verlagerung oder Rückbau der Osttangente als Bedingung für den Rheintunnel zu verlangen, ist nicht viel passiert. Das machen andere Kanton oder andere Städte bei Autobahnausbauten, sie verlangen konkret den Rückbau von städtischen Autobahnen oder autobahnähnlichen Strassen. Wir können die Frist jetzt schon verlängern, natürlich ist es besser, wenn in Zukunft noch ein bisschen mehr gedacht, geplant



und konzipiert wird. Aber die wirklich klare Chance hat die Regierung verpasst, ganz willentlich und ich finde das ein Affront an unser Parlament.

Balz Herter (Mitte-EVP): BWir haben keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf festhalten, dass sich an der Haltung des Regierungrats seit 2020 nichts geändert hat. Schon dort finden Sie die Aussage, dass wir beabsichtigen, einen partiellen Rückbau der Osttangente anzuschauen und dass wir uns eben wirklich beim Bund einsetzen für Tempo 60 statt 80. Wir bekommen da sehr gute Zeichen, wir haben uns bei verschiedenen Gelegenheiten auch dafür eingesetzt und wir werden das weiterhin tun. Ich glaube, die Fristverlängerung macht im Moment Sinn. Wir stehen kurz vor der Abstimmung über den Strassenausbau und ich glaube, wir werden dann wissen, ob diese Planungen überhaupt nötig sind und deshalb bitte ich Sie sehr, der Fristverlängerung zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung. Harald Friedl möchte der Fristerstreckung nicht zustimmen.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung bis am 30. November 2025 gemäss Antrag Regierungsrat, oder NEIN zur Fristerstreckung

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004672, 23.10.24 17:42:48]

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist bis 30. November 2025 zu erstrecken

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben der Fristerstreckung mit 74 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

52. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Anwohnerparkkartengebühren nach beanspruchter Parkfläche, Schreiben des RR

[23.10.24 17:43:01, 20.5328.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben



53. Motion Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:43:25, 24.5155.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir haben auch diese Motion zum Anlass genommen, um über aktuelle Massnahmen zu berichten. Es geht ja hier darum, wie wir in den kommenden Jahren die Stadt Basel weiter begrünen wollen. Zum einen geschieht das im Gleichschritt mit dem Fernwärmeausbau. Wurden früher nur etwa 7 Prozent des Strassenraums im Zuge einer solchen Bauarbeit entsiegelt, sind es heute zwischen 14 und 18 Prozent, also eine deutliche Zunahme. Wo immer möglich pflanzen wir Bäume, ganz aktuell sehen Sie das beispielsweise im Paulusquartier.

Bei der Realisierung von Strassenbau- und Fernwärmeausbauprojekten in den Jahren 2024 und 2025 werden pro Jahr eine Fläche von rund 4'000 m² entsiegelt und begrünt, sowie rund 80 Bäume gepflanzt. Die Tendenz ist steigend, da sich die Prozesse und alle am Bau beteiligten Organisationen auf die neuen Grundsätze des Stadtklimakonzepts angepasst haben. Zur obengenannten Bilanzierung hinzu kommen auch Projekte des Mehrwertabgabefonds, denken Sie an den Winkelriedplatz, wo Bäume hinzugekommen sind und entsiegelt wurde oder auch beim Rosenfeldplatz, oder auch die ganzen Arealentwicklungen Volta Nord, Rosental Mitte oder auch das Areal Walkeweg, wo viel entstehen wird. Diese haben auch dank ihrer Grösse einen wirklich wesentlichen Effekt.

Es macht Sinn, dass wir uns bei der Begrünung auf diejenigen Projekte und Strassen konzentrieren, wo ohnehin schon intensive Bautätigkeiten stattfinden. Niemand würde verstehen, wenn wir parallel dazu weitere Strassen aufreissen würden. Wir müssen uns schon heute darauf konzentrieren, erstens möglichst viele der Fernwärmebaustellen zu nutzen und zweitens sicherzustellen, dass dadurch kein Verkehrschaos entsteht und beispielsweise auch der ÖV nicht im Stau steckenbleibt.

Im Rahmen der Motion Christ haben wir ambitionierte Ziele im Gleichklang mit dem Fernwärmeausbau und wir werden in diesem Rahmen auch berichten. Wir werden über die Entwicklung des Begrünungsanteils berichten und natürlich auch über die Baubilanz. Dies werden wir auch im Rahmen der UVEK-Motion zum Fernwärmeausbau und im Rahmen des Stadtklimakonzepts tun. Wo der Regierungsrat ein Konzept sinnvoll findet, ist nicht flächendeckend, wie das hier in der Motion gefordert ist, flächendeckend über die ganze Stadt, sondern in ganz bestimmten Fällen, wie beispielsweise dem Rosental Quartier. Dort ist ohnehin eine grössere Sanierung der Rosentalanlage geplant und in diesem Zug möchte die Regierung das ganze Strassengeviert, prüfen und schauen, wie das Stadtklima dort kurz- und mittelfristig verbessert werden kann. Das Rosental gehört zu den Gebieten mit einer sehr hohen Hitzebelastung.

Gerne werden wir auch zu diesem Projekt im Grossen Rat berichten und ich bitte Sie deshalb, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erster Fraktionssprecher hat sich gemeldet Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich werde gleich zu diesem und den beiden nachfolgenden Traktanden zusammen sprechen, da es ja in allen mehr oder weniger um dasselbe geht. Dementsprechend kann ich auch die Antworten des Regierungsrates zu diesen drei Vorstössen zusammenfassend, es sind eigentlich im Wesentlichen drei Punkte. Erstens, das machen wir bereits. Zweitens, es steht jetzt als behördenverbindliches Ziel im Stadtklimakonzept. Drittens, überweist uns alle drei Vorstösse als Anzug. Und dann erzählen wir euch in zwei Jahren, was wir alles gemacht haben und werden uns dann auf die Schultern klopfen. Das ist grob zusammengefasst der Inhalt dieser drei Regierungsantworten.

Ja, das können wir jetzt machen. Wir können diese drei Vorstösse als Anzug überweisen. Wir schleppen nun ja den Anzug Grossenbacher schon seit sieben Jahren mit und lassen ihn immer wieder stehen, damit dann der Regierungsrat wieder berichten kann, was er da alles beabsichtigt. Die Frage ist, ändern dann diese Überweisungen jetzt irgend etwas an der Praxis des Regierungsrates, ausser dass wir weitere Berichte bekommen, wo mehr oder weniger dann eben nochmals dasselbe drinsteht. Wir haben auf Seite 5 das Berichte zu dieser Motion die Karte mit dem Perimeter 2037, ganz viele rote Linien und werden dann im Zweijahresrhythmus berichtet bekommen, welche dieser roten Linien dann wahrscheinlich die grün sind und wo uns dann umgesetzt wird. Wir können auf dieser Karte sehen, dass in den nächsten 14 Jahren sehr viel gebaut und gegraben wird und gepflanzt in unserer Stadt.



Bei jedem Projekt Entsiegelungspotenziale zu prüfen, ist eine Daueraufgabe. Inzwischen ist es ist auch eine verbindliche Daueraufgabe. Das kann man ja attestieren, dass das auch ein Ergebnis ist des Druckes, der hier im Parlament entstanden ist, aber jetzt ist es ein verbindliches Ziel. Und das wird irgendwie nie fertig sein. Also wir werden nie an einem Punkt sein, wo dieser Grosse Rat sagen wird: ja, jetzt ist fertig gepflanzt, jetzt sind wir zufrieden, sondern es wird ja immer noch das Anliegen geben, hier und dort könnte man doch auch noch entsprechend einen Baum pflanzen. Deshalb können wir dieses Vorstosswerk jetzt schon im Zweijahresrhythmus immer vor uns herschieben, ohne dass sich dann konkret etwas ändert an den Vorgaben, die wir dem Regierungsrat gegeben haben.

Besser wäre es, wenn wir dann konkrete Umsetzungen gesehen haben mit gezielten Vorstössen noch zu korrigieren und zu sagen, ja hier habt ihr es nicht gut, nicht richtig gemacht. Denn eben, die grossen Weichen wurden gestellt. Ich würde sagen, die Botschaft ist bei Regierung und Verwaltung angekommen. Die verbindlichen Aufträge sind auch da.

Daher frage ich mich schon, was hier eine Überweisung bringen soll und deshalb beantragen wir Ihnen, die beiden Motionen, diese und die nächste, nicht zu überweisen und dann den Anzug Grossenbacher abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin ist Leoni Bolz für die SP.

Leoni Bolz (SP): Dunkler Asphalt und Sonne -wir wissen alle, was aus dieser Kombination entsteht. Es ist im Sommer spürbar heisser, dies belastet die Bevölkerung. Massnahmen wie das Pflanzen von Bäumen und das Entsiegeln von Flächen sind daher sehr wichtig, um der Hitze entgegenzuwirken und auch die Biodiversität zu unterstützen. Ein Screening und darauf basierende Entsiegelung, so wie es die Motion fordert, ist daher ausschlaggebend, um zeitnah entsiegelbare Flächen zu identifizieren und zu entsiegeln.

Als Motion wäre der Vorstoss eine wertvolle Ergänzung zu den bestehenden Begrünungsbestrebungen und könnte schnell umsetzbare Lösungen hervorbringen. Die Motion lässt bewusst Spielraum bei der Ausarbeitung des Konzepts und der genauen Ausgestaltung des Screenings. Bestehende Geodaten, die Kenntnis über die Hitzeinseln und einfachen Entsiedlungsmassnahmen wie Rabatten können den Planungsaufwand und die Anzahl langanhaltender Bauarbeiten deutlich verringern. Es kann nicht sein, dass eine Strasse während 50 Jahren nicht entsiegelt wird, nur weil keine Erhaltungsmassnahmen oder Fernwärmearbeiten geplant sind. Ein ganzheitliches Vorgehen ist nun dringend nötig. Die bisherigen Bemühungen reichen nicht aus, da bin ich nicht einverstanden mit Luca Urgese.

Wo ein Wille, da ein Weg und dieser sollte nicht asphaltiert sein. In diesem Sinne bitte ich Sie deshalb im Namen der SP. die Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich bedanke mich für die wirklich sehr breite Unterstützung aus allen Fraktionen bei der Erstüberweisung meiner Motion. Die Regierung schlägt nun vor, meine Motion als Anzug zu überweisen. Ich möchte jedoch ebenfalls beliebt machen, die Motion weiterhin als Motion zu überweisen und hierfür gibt es mehrere Gründe.

Eine zeitnahe Klimaanpassung ist sehr wichtig. Die Sommerhitze nimmt zu. Wir spüren das in der Stadt, und jeder Baum, je früher gepflanzt, gepflanzt, desto stärker wird er unsere Stadt kühlen. Auch Entsiegelungen, auch sonstige Begrünungen in Form von Büschen tragen einen grossen Beitrag bei zur Kühlung unserer Stadt.

Die Überweisung als Anzug wird keine Identifizierung des Baumpflanzungs- und Entsiegelungspotenzials auslösen. Dies wird den Bedürfnissen der Bevölkerung in den betroffenen Quartieren nicht ausreichend gerecht. Als Motion könnte der Vorstoss jedoch ein wichtiger Beitrag sein, um Low Hanging Fruits auch wirklich zu ernten.

Ich wäre mit der Überweisung als Anzug einverstanden gewesen, wenn man zum Beispiel gesagt hätte: Ja, wir machen ein Screening, aber im öffentlichen Raum geschieht schon viel, wir screenen den privaten Raum und werden die Eigentümerinnen und Eigentümer darauf hinweisen, wo zusätzliche Baumpflanzungen möglich sind, um so die von Hitze betroffenen Quartiere zu entlasten. Das wäre für mich ein gut gangbarer Weg gewesen. Dies wurde so nicht beantwortet.

Aber auch jetzt als Motion hat es immer noch sehr viel Flexibilität bei der Umsetzung des Konzeptes. Die Motion sagt nicht, wie gross das Screening sein soll. Die Motion kann daher auch sehr gut so interpretiert werden, dass man vor allem die im Stadtklimakonzept ausgewiesenen, von Hitze betroffenen Quartiere screent und dort wirklich schaut, wo man einfach entsiegeln kann, wo man noch begrünen kann. Das ist nichts, was bisher gemacht wurde und ich finde es schade, wenn die im Stadtklimakonzept sehr gut ausgewiesenen Hitzeschutzinseln einfach nur für die Bibliothek sind oder ad acta gelegt werden. Wir haben das, wir können es nutzen und ich bitte Sie daher wirklich, meine Motion als Motion zu überweisen.



Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf eine Wortmeldung. Ich habe auch sonst keine mehr eingetragen. Somit kommen wir zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004675, 23.10.24 17:55:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden.

Luca Urgese beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen somit zu einer zweiten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004677, 23.10.24 17:56:07]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Geschäft mit 53 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen als Anzug an die Regierung überweisen.

54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:56:21, 24.5156.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es hier etwas kürzer machen. Wir hatten ja schon einige Begründeranstrengungen. Hier ist der Grund, dass wir das gerne als Anzug hätten, aber ein anderer. Wir haben nämlich das, was hier gefordert wird,



eigentlich schon umgesetzt. Der Regierungsrat hat sich ein Ziel gesetzt und wir haben diese Motion auch als Anlass dazu genommen, und zwar wollen wir bis 2040 einen Baumkronenbedeckungsgrad von 18 Prozent erreichen. Das ist im Vergleich zu heute doch eine beachtliche Steigerung, nämlich um 15 Prozent, oder anders gesagt um 2,3 Prozentpunkte.

Auf die Ausführungen dazu verzichte ich, Sie finden das auch im Schreiben, insbesondere auch Vergleiche mit anderen Städten und wie wir zu dieser Zahl gekommen sind. Gerne werden wir Ihnen im Rahmen eines Anzugs Bericht erstatten über die Entwicklungen bezüglich dieser Baumbilanz.

Balz Herter (Mitte-EVP): Luca Urgese hat anlässlich seines Votums im letzten Traktandum die Nichtüberweisung beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004679, 23.10.24 17:58:37]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Geschäft mit 49 Ja-Stimmen zu 33 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung als Anzug an den Regierungsrat überwiesen.

Schluss der 33. Sitzung

17:58 Uhr